

**Art. 1.** Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im gemeinen Nutzen begründet sein.

**Art. 13.** Für den Unterhalt der öffentlichen Gewalt und für die Kosten der Verwaltung ist eine allgemeine Abgabe unumgänglich. Sie muss gleichmäßig auf alle Bürger unter Berücksichtigung ihres Vermögens verteilt werden.

Allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte.  
Paris, 26. August 1789

# Herausforderung Steuersenkungspolitik

von Sven Giegold

## Einleitung

Die Steuer- und Abgabepolitik wird - neben dem Arbeitsmarkt - in den nächsten Jahren vermutlich das zentrale Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um den Sozialstaat in Deutschland. Mehr noch als in der Gesundheits- und Rentenpolitik gibt es hier einen breiten gesellschaftlichen Konsens: Die Steuern und Abgaben in Deutschland sind zu hoch. Dieser Konsens reicht von allen im Bundestag in Fraktionsstärke vertretenen Parteien, über die Mehrheit der deutschen ÖkonomInnen und praktisch über alle Massenmedien bis hin zu den Stammtischen.

Nach der Bundestagswahl 2002 sah es zunächst so aus, als könnte auf die große Steuerreform 2000 rasch eine weitere Großreform im Bereich der Einkommensteuern folgen. Umfassende Konzepte wurden von verschiedensten Seiten vorgelegt: von cDU (Merz), fDP, PDs, Bundesfinanzministerium (nur Planungsarbeiten), Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, Prof. Kirchhof, Gewerkschaften, Attac und von vielen weiteren Akteuren.

Inzwischen ist es um diese Reformen etwas ruhiger geworden. Rot-Grün hat massive Steuersenkungen beschlossen, so dass sich das Thema zur Mobilisierung im Wahlkampf für die Opposition nicht gut eignet. Mehr noch: Die hohen Steuerausfälle und Defizite in einigen Sozialkassen bedeuten für die Vertreter der „die Staatsquote muss runter“-Position einen Realitätsschock. Mit dem heißer werdenden Bundestagswahlkampf und vor allem danach, wenn Merkel erklären muss, was sie eigentlich will, wird das Thema jedoch eine Renaissance erleben. Eine cDU(-geführte) Bundesregierung könnte mit einer Mehrheit in Bundestag und Bundesrat tatsächlich weitgehende Veränderungen durchsetzen. Vor allem im Bereich der sozialen Sicherung ist zu erwarten, dass weitreichende Leistungseinschränkungen statt eine progressive Reform des Finanzierungsmodells durchgedrückt werden sollen. Auch eine umfassende Reform der Einkommensteuer wird wieder auf die Tagesordnung kommen.

Die Vorarbeiten dazu laufen bereits. Die Stiftung Marktwirtschaft hat im Rahmen ihres Projektes „Steuergesetzbuch“ eine Reihe von liberalen FinanzwissenschaftlerInnen versammelt. Mehrere von ihnen arbeiten auch im Rahmen der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Mit Prof. Johann Eekhoff (Universität Köln) und Prof. Bernd Raffelhüschen sind gleich zwei Botschafter der Initiative an Bord. Prof. Johanna Hey ist zudem Mitglied in deren Fördervereins. Diese von den Metallarbeitgebern finanzierte Initiative ähnelt einer Marketingabteilung der neoliberalen Gegenreform in Deutschland. Der politischen Lenkungsgruppe des Projekts „Steuergesetzbuch“ gehören neben dem Rheinland-Pfälzischen Finanzminister Mittler (SPD), Hermann-Otto Solms und Friedrich Merz an. Solms (fDP) und Merz (cDU) sind die beiden zentralen Architekten der jeweiligen Steuerreformkonzepte von fDP und cDU. Mit dem bayrischen Finanzminister Falthäuser ist auch der wichtigste Kopf der csU-Finanzpolitik eingebunden. Das Ziel des Projektes ist offensichtlich die wesentlichen Unterschiede in den verschiedenen neoliberalen Steuerreformkonzepten zu beseitigen und somit die Grundlage für eine umfassende Steuerreform nach einem cDU-Wahlsieg zu legen. Im Projektkonzept wird zwar der politisch breite und von Partialinteressen freie Rahmen des Projekts hervorgehoben, dem entspricht aber weder die Stiftung Marktwirtschaft als Projektträger noch die

Auswahl der WissenschaftlerInnen. Angesichts der vorgezogenen Bundestagswahl wurde der Zeitplan der Initiative gestrafft, so dass die Ergebnisse nun noch vor der Wahl vorliegen sollen. Auf progressiver Seite gibt es bislang kaum weiterreichendere Überlegungen, wie der Steuersenkungsstrategie zu begegnen ist. Dieser Artikel will dazu beitragen. Dabei macht sich der Autor keine Illusionen über die Durchsetzbarkeit der hier vorgeschlagenen Sichtweise und konkreten Reformvorschläge. Jedoch auch in den zu erwartenden Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Grundorientierungen bleiben konkrete Alternativen wichtig. Denn eine andere Richtung der Politik wird nur glaubwürdig, wenn sie mit vielen konkreten Alternativen unterfüttert ist.

### Skizze der zentralen Mängel unseres Steuer- und Abgabensystems

Grundlage für alle weiteren Überlegungen ist eine kritische Analyse des Reformbedarfs unseres Steuer- und Abgabensystems. Dabei ist es notwendig, sich nicht auf bestimmte Steuern oder Abgaben zu beschränken, sondern das Gesamtsystem in den Blick zu nehmen und einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Deutschlands öffentliche Finanzen zeichnen sich im internationalen Vergleich durch relativ niedrige Steuereinnahmen und eine hohe Belastung des Faktors Arbeit mit Sozialabgaben aus. Nimmt man die Belastung mit Steuern und Abgaben<sup>1</sup> zusammen, so findet sich Deutschland im Mittelfeld der Industrieländer wieder. Die gezahlten Steuern waren zwischen 1970 und 2000 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt erstaunlich konstant (s. Abb. S.3). Etwa 23 % der Wirtschaftsleistung wurden in Form von Steuern erfasst. Erst durch die rot-grüne Steuerreform sank die Steuerlast erheblich auf im Jahr 2004 nur noch 20,1%. Dagegen wuchsen die Sozialabgaben. In den 70er Jahren lag dies v.a. an Leistungsverbesserungen (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Anfang der 90er Jahre wurden erhebliche Kosten der Wiedervereinigung in die Sozialkassen geschoben und die Arbeitslosigkeit stieg weiter an. So kam es zweimal zu einer deutlichen Erhöhung der Sozialabgabenquote.



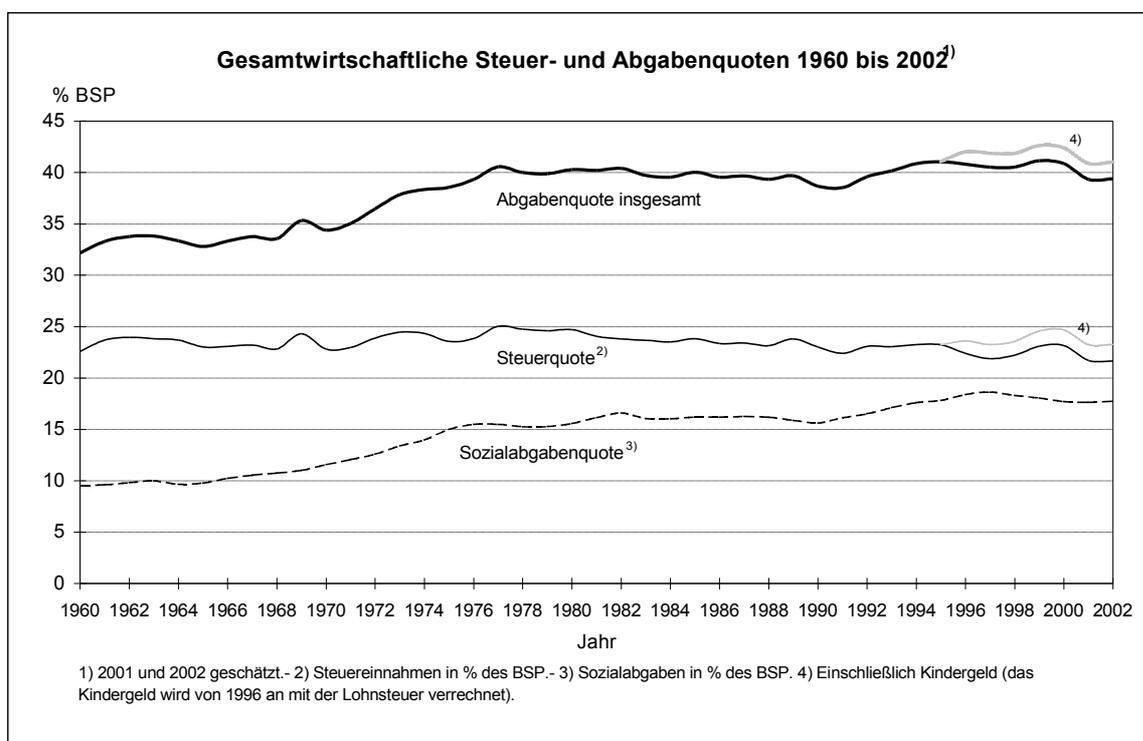
#### Durch rot-grüne Steuerpolitik Steuerquote stark gesunken.

Aus: ver.di, Abt. Wirtschaftspolitik: Steuerausfälle –  
Es gibt Alternativen, in: Wirtschaftspolitische Informationen 5/2004.

Die Sozialabgaben machen inzwischen über 40% aller öffentlichen Einnahmen aus. Dies ist ein Skandal, wenn man bedenkt, dass sie ausschließlich aus den Arbeitseinkünften finanziert werden.

<sup>1</sup> Steuern und Abgaben unterscheiden sich dadurch, dass Abgaben immer zweckgebunden sind (etwa Beiträge zur Rentenversicherung) während Steuern in den allgemeinen Staatshaushalt fließen.

Dabei ist im heutigen Konzept der Sozialabgaben eine progressive (also mit der Einkommenshöhe überproportional steigende) Belastung der Einkommen nicht vorgesehen. Anders als bei den Steuern gibt es bei den Sozialabgaben kein geschütztes Existenzminimum, dafür aber eine Obergrenze des Einkommens, das zu Sozialabgaben herangezogen wird (Beitragsbemessungsgrenze). Schlimmer noch: Wer besonders viel verdient, kann sich außerdem privat versichern und der Solidarität ganz den Rücken kehren. Wer sich beispielsweise aus der öffentlichen Gesundheitsversicherung verabschiedet, wird nur mit einem Teil des eigenen Einkommens zur Kasse gebeten und erhält dazu noch eine ungleich bessere medizinische Behandlung – selbst in öffentlichen Einrichtungen. Kurzum: Das heutige Sozialabgabensystem ist sozial ungerecht. Besonders im Bereich von Jobs mit niedriger Entlohnung kostet die hohe Abgabenbelastung zudem Arbeitsplätze und fördert Schwarzarbeit. Diese hohe Bedeutung der Sozialabgaben kann auch nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass sie per Definition Lohnbestandteil sind. In anderen Ländern werden ähnliche Leistungen über Steuern finanziert, so dass eine Verzerrung des (Brutto)-Lohngefüges nicht auftritt und die Nachfrage nach Arbeit gerade bei einfacheren Tätigkeiten steigt. Auch im EU-Vergleich liegt deutschen Sozialabgaben an der Spitze (Annex 5).



### **Steuern bis zur Steuerreform 2000 konstant, Sozialabgaben sind angestiegen.**

Quelle: Stefan Bach, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Im Bereich der Steuern muss man zwischen Einkommensteuern und Konsumsteuern unterscheiden. Einkommensteuern werden von Privatpersonen und Unternehmen gezahlt. Diese direkten Steuern sind im EU-Vergleich in Deutschland niedrig (Annex 3). Bei beiden Gruppen zeichnet sich das deutsche Steuerrecht durch eine erschreckende Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit aus. Entsprechend groß ist die juristische Fachliteratur und die Zahl der Steuerprozesse vor den Gerichten, die ihrerseits wieder durch Richterrecht für weitere Verkomplizierung sorgen. Mit all dem sind hohe Kosten für Steuerverwaltung, Steuerberatung und Prozesse verbunden, die nicht dem eigentlichen Zweck des Steuersystems entsprechen. Richtig ist, dass keine gerechte Steuer wirklich einfach sein kann. Trotzdem ist das Potential zur Steuervereinfachung enorm. Dies ist auch aus dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit sinnvoll, weil ein komplexes Steuerwesen insbesondere den SteuerzahlerInnen mit den besten SteuerberaterInnen nutzt.

Das deutsche Steuerwesen erzielt mit seinen hohen Steuersätzen und komplizierten Regeln erstaunlich niedrige Einnahmen. Während die Steuersätze bei den Einkommensteuern der Unternehmen zu den höchsten der Welt zählen, liegen die gezahlten Unternehmensteuern eher am unteren Ende. Ein Teil der Unternehmensteuern ist als Gewerbesteuer an die Kommunen zu entrichten. Diese Erträge dieser Steuer wurden ausgedünnt. Sie ist sehr schwankungsanfällig und sichert in dieser Form keine stabile Finanzierung der kommunalen Aufgaben.

Bei der Einkommensteuer von Privatpersonen können sich Gutverdienende ebenfalls mit Hilfe von einer großen Zahl von Steuerschlupflöchern arm rechnen. Insbesondere Kapitaleinkünfte werden in vielfältiger Hinsicht begünstigt. Schon aus Platzgründen muss es hier bei einigen Beispielen bleiben. Verkaufserlöse aus Aktien und Immobilien sind meist völlig steuerfrei. Schon lange muss der Staat an die VermieterInnen dieser Republik mehr Steuern erstatten als er aus den Mieteinnahmen an Steuern erhält. Insgesamt kann man sagen, dass die theoretische Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen in der steuerlichen Realität nicht existiert. Kapitaleinkommen werden derzeit faktisch niedriger besteuert. Auch im europäischen Vergleich sind die Steuern auf Kapital besonders niedrig (Annex 4).

Aus einer vergangenen Zeit stammt auch das milliardenschwere und international völlig unübliche Ehegattensplitting. Dabei werden PartnerInnen steuerlich gefördert, bei denen eine/r deutlich mehr verdient als der/die andere. Und zwar unabhängig von der Zahl der Kinder.

Dagegen zahlen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen, die gut verdienen und all diese Möglichkeiten zur Steuervermeidung nicht oder nur wenig nutzen, hohe Einkommensteuern. Die meisten Angebote zur Steuergestaltung nutzen v.a. Gutverdienenden und Vermögenden. Denn nur sie haben genügend Geld zum Anlegen, das sie steuermindernd investieren können. Nur bei ihnen sind Steuergestaltungen durch hohe Steuersätze wirklich den Aufwand wert.

Steuerlich und bei den Sozialabgaben besonders begünstigt werden die so genannten Mini-Jobs bis 400 € im Monat. Dadurch kam es zu hohen Ausfällen bei Einkommensteuern und Sozialversicherungen. Existenzsichernde Vollzeitstellen werden massenhaft in Minijobs aufgeteilt.

Zu diesen vielen Sonderregeln kommt ein erhebliches Vollzugsdefizit hinzu. Steuerhinterziehung ist weit verbreitet und führt nach Schätzungen des Schleswig-Holsteinischen Finanzministeriums zu jährlichen Steuerausfällen von 80 Mrd. €<sup>2</sup>. So schützt etwa das deutsche steuerliche Bankgeheimnis BezieherInnen von Kapitaleinkünften vor der Kontrolle des Fiskus, wobei dieser Schutz für Steuerhinterzieher zum 1.4.2005 deutlich schwächer geworden ist. Strafrechtlich wird Steuerhinterziehung trotz des enormen gesellschaftlichen Schadens selten ernsthaft bestraft. Vielfach kann man sich des Eindrucks von Klassenjustiz nicht erwehren. Das wird noch dadurch verstärkt, dass mit Ausnahme der Schwarzarbeit in einigen Branchen, ArbeitnehmerInnen mit kleinen und mittleren Einkommen kaum Möglichkeiten der Steuerhinterziehung haben. Ihre Lohnsteuern werden direkt vom Arbeitgeber einbehalten.

Das steuerliche Vollzugsdefizit wird durch die Wirren des deutschen Föderalismus noch verstärkt. Die Länder tragen die Kosten der Finanzverwaltung, obwohl ihnen nur ein Teil der Steuereinnahmen zusteht. Erzielen ihre Finanzämter Mehreinnahmen, so gehen ihnen diese durch den Länderfinanzausgleich fast vollständig wieder verloren. Somit wird es attraktiv eine lasche Finanzverwaltung als Mittel im innerdeutschen Standortwettbewerb einzusetzen. Große regionale Unterschiede bei der Ausstattung der Finanzämter und der Durchsetzung geltenden Steuerrechts sind die Folge. Aufgrund von Personalmangel und Ineffizienz kann die Finanzverwaltung die bestehenden Möglichkeiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung nicht annähernd ausschöpfen.

Zunehmend nutzen Unternehmen und Privatpersonen die Möglichkeiten der Steuerverlagerung ins Ausland und der illegalen Steuerflucht. Immer mehr Unternehmen bringen ihr Kapital ins Ausland und geben sich selbst mit dem gleichen Kapital wieder ein Darlehen, um so ihren Gewinn per Zinszahlung ins Ausland zu verlagern. Die internen Verrechnungspreise zwischen Unternehmenstöchtern werden zur Steuerersparnis manipuliert. Der Europäische Gerichtshof erweitert durch seine Urteile die Möglichkeiten international verflochtener Unternehmen zur Steuervermeidung ständig. Privatpersonen

<sup>2</sup> Die Gesamtkosten für die Sozialhilfe beliefen sich 2002 auf 21,9 Mrd. €. Gesamte Ausbildungsförderung, inkl. BAFÖG, machen 2 Mrd. € aus.

dagegen haben nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums alleine in die Schweiz, Luxemburg und Liechtenstein zwischen 450 und 550 Mrd. € gebracht, um sich so den fälligen Einkommensteuern auf Zinsen und Dividenden zu entziehen. Die Staaten reagieren auf diese Ausweichmöglichkeiten vor allem mit einem intensiven Steuerwettbewerb nach unten. Die Steuersätze auf Unternehmensgewinne befinden sich in Europa im freien Fall (Annex 7). Auch bei privaten Kapitaleinkünften kam es zu zahlreichen Vergünstigungen. Die deutschen Steuersätze auf Kapitaleinkünfte sind im internationalen Vergleich hoch und stehen unter Globalisierungsdruck.

Im Bereich der Konsumsteuern hat Deutschland im europäischen Vergleich relativ niedrige Umsatzsteuern (Annex 1). Während der Kohl-Regierung und im Zuge der ökologischen Steuerreform wurden allerdings die Steuern auf Energie deutlich erhöht. Trotzdem sind die deutschen Umweltsteuern im EU-Vergleich weiterhin niedrig (Annex 2). Bei der Ökosteuern wurde auf eine soziale Ausgestaltung verzichtet und so die soziale Schieflage im Steuersystem weiter verschärft (s.u.). Während es eine immer wieder aufkommende Diskussion zur Erhöhung der Umsatzsteuer gibt, wurde die eigentlich langfristig angelegte Erhöhung der Steuern auf Energie seit 2004 ausgesetzt. Die Umsatzsteuer und viele andere Konsumsteuern sind besonders unsozial, weil Personen mit niedrigeren Einkommen einen größeren Teil ihres Einkommens verkonsumieren. Die Umsatzsteuerbelastung hoher Einkommen ist daher im Verhältnis niedriger als die von hohen Einkommen. Allerdings belasten sie im Gegensatz zu Steuern auf Einkommen nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Für höhere Steuern auf Energie und andere Formen des Naturverbrauchs spricht zudem, dass die Industrieländer ihren Verbrauch an Energie und nicht nachwachsenden Rohstoffen massiv einschränken müssen (minus 80% - 90% bis 2050). Um dieses Ziel zu erreichen sind Steuern ein effektives Instrument (s.u.). Die notwendigen Einschnitte sind so tief, dass nur bei zwingender Begründung auf wirksame Instrumente verzichtet werden kann. Anders als eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer belasten höhere Umweltsteuern gezielt umweltschädliches Verhalten.

Das Steuerrecht gewährt zudem unzählige umweltschädliche Subventionen. Dazu gehören:

- Förderung umweltschädlicher Einfamilienhausbauten auf der grünen Wiese durch die Eigenheimzulage,
- freie Verwendbarkeit der steuerlichen Rückstellungen für den Rückbau der AKWs,
- Steuerbefreiung für Schiffs- und Flugtreibstoffe,
- Umsatzsteuerbefreiung für den internationalen Flugverkehr,
- Steuerprivilegien für Kohle und Erdgas,
- Steuerbefreiung von Atombrennstoffen.

Die Besteuerung von Vermögen ist in Deutschland die niedrigste in der ganzen EU (Annex 8). Würde Deutschland nur den Durchschnitt der europäischen Vermögensbesteuerung erreichen, hätte der Fiskus 31,8 Mrd. € mehr in der Kasse (eigene Berechnungen auf Basis von EU Kommission 2004). Trotzdem und entgegen anderer Versprechen vor der Bundestagswahl 1998 hat Rot-Grün auf die Erhebung der Vermögensteuer verzichtet, nachdem schon unter der Kohl-Regierung das Bundesverfassungsgericht Änderungen am geltenden Vermögensteuergesetz eingefordert hatte. Auch die Erbschaftsteuer ist in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig. Die Erbschaftsteuer erbringt mit etwa 3 Mrd. € nur einen geringen Teil der etwa 200 Mrd. € jährlich vererbten Vermögens. Diese Defizite im Bereich der Vermögensbesteuerung erscheinen um so skandalöser, wenn man die ungleiche Vermögensverteilung nach Geschlecht, Regionen, Berufsgruppen, usw. betrachtet (s.u.).

Zusammenfassend kommt man zu dem Ergebnis, dass Arbeitseinkünfte heute höher mit Steuern und Abgaben belastet werden als Kapitaleinkünfte (Jarass/Obermaier 2002) und Vermögen geschont werden (Annex 6). Im internationalen Vergleich liegt die Steuern- und Abgabenbelastung auf Arbeitseinkünfte im Spitzenfeld ([www.oecd.org/ctp/taxdatabase](http://www.oecd.org/ctp/taxdatabase)). Die Lohnsteuer, Sozialabgaben und Konsumsteuern müssen einen immer größeren Teil der öffentlichen Ausgaben finanzieren. Zudem sind hohe Vermögen und Naturverbrauch unzureichend besteuert.

### **Zentrale Ziele**

Aus dieser skizzenhaften Darstellung der zentralen Mängel des deutschen Steuersystems folgen aus Sicht einer sozial-ökologischen Perspektive, die ökonomische Grenzen nicht ignoriert, folgende Ziele:

- Die Belastung vor allem niedriger Arbeitseinkünfte mit Sozialabgaben ist zu reduzieren. Zum einen durch Einbeziehung der Kapitaleinkünfte (Bürgerversicherung) und zum anderen durch eine stärkere Progression, wie etwa einem steuerfinanzierten Grundfreibetrag oder die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei Deckelung der Leistungen nach oben (Mindestleistungen für alle, Maximalleistungen für Gutverdienende).
- Die zahlreichen Ausnahmen und Sonderregelungen im Bereich der Einkommensteuern für Privatpersonen und Unternehmen sind massiv zusammenzustrichen. Damit würden besonders Kapitaleinkünfte besser als heute erfasst. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen und durch einen zweiten steuerlichen Freibetrag für LebenspartnerInnen zu ersetzen. Minijobs sind regulär zu veranlagern. Für hohe Einkünfte sollte eine Mindestbesteuerung festgelegt werden. All das führt zusammengenommen zu einer starken Vereinfachung des Steuersystems.
- Die Gewerbesteuer ist durch eine kommunale Betriebsteuer zu ersetzen, die nicht mehr durch Gewinnverlagerung ins Ausland vermieden werden kann und jede kommunale Wertschöpfung einbezieht.
- Vermögens- und Erbschaftsteuer sind zu reformieren, um die Steuerbelastung zumindest auf das international übliche Maß zu bringen.
- Die ökologische Steuerreform sollte fortentwickelt werden. Die steuerliche Belastung umweltschädlichen Verhaltens sollte weiter gesteigert werden. Ein Teil der Einnahmen sollte weiterhin zur steuerlich Finanzierung der enormen versicherungsfremden Leistungen (DIW 2005) in den Sozialversicherungssystemen dienen. Dabei ist auf einen fairen sozialen Ausgleich zu achten. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer ist dagegen abzulehnen.
- Umweltschädliche (Steuer-)Subventionen sind konsequent abzubauen.
- Das bestehende Vollzugsdefizit im Steuerrecht muss konsequent angegangen werden. Steuerhinterziehung in erheblichem Umfang muss ernsthaft bestraft werden.
- Insbesondere im Rahmen einer Föderalismusreform müssen wirksame Anreize geschaffen werden, Steuergesetze wirklich anzuwenden, etwa durch Übernahme der Steuerverwaltung in die Zuständigkeit des Bundes.
- Zur Bekämpfung der internationalen Steuerflucht und Steuervermeidung müssen die nationalen Spielräume voll ausgeschöpft werden und die internationale Kooperation im Bereich der Steuerpolitik zu einem Schwerpunkt deutscher Außenpolitik werden.
- Damit dies nicht zu internationalen Ausweichreaktionen führt, muss der Kampf gegen Steuerhinterziehung in den Steueroasen und im Inland massiv verschärft werden. Vor allem muss das steuerliche Bankgeheimnis gelockert werden (Giegold 2003).

Die auf die Einkommensteuern bezogenen Vorschläge werden in dem von ver.di, IGmetall und Attac 2004 vorgelegtem Konzept der Solidarischen Einfachsteuer ausführlicher erläutert.

### **Geringe Akzeptanz des Steuersystems**

Ein solches Bild auf unser Steuersystem wird allerdings von vielen BürgerInnen spontan nicht geteilt. Die Bild-Zeitungskampagne „Steuern runter – macht Deutschland munter“ bringt auf den Punkt, was die meisten Menschen für angesagt halten. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist für ein umfangreiches öffentliches Sozial- und Bildungssystem, aber keiner will es bezahlen. Diese Unbeliebtheit des Zahlens von Steuern und Abgaben hat etwas fast Natürliches. Der verständliche Widerwille wird aber aus drei Gründen entscheidend verschärft: Ungerechtigkeiten der Steuerbelastung, Kompliziertheit der Steuergesetze und Ineffizienz der Mittelverwendung. Bei den Ungerechtigkeiten trägt insbesondere die hohe Belastung der Arbeitseinkünfte von DurchschnittsverdienerInnen im Vergleich zu den niedrigeren Steuern und Abgaben auf Kapitaleinkünfte zur Steuermüdigkeit bei. Hinzu kommt der ausufernde Steuerbetrug, die geringen Strafen im Bereich der großen Steuer- und Wirtschaftskriminalität und die gerade zu Ende gegangene großzügige Amnestie für Steuerflüchtlinge. All dies untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Steuermoral.

Das gleiche gilt für die Tatsache, dass nicht entschieden gegen die immer wieder beklagten Ineffizienzen (bis hin zur Korruption) im öffentlichen Bereich vorgegangen wird.

Wer das Steuer- und Abgabensystem als Basis für viele zivilisatorischen Errungenschaften der Sozialstaaten erhalten will, muss sich den Themen Ungerechtigkeit, Kompliziertheit und Ineffizienz im öffentlichen Bereich stellen. Für die Neoliberalen sind sie die Basis für die Delegitimationsstrategie der „Gemeinschaftskasse“.

### **Neoliberale Pläne**

Das zentrale Ziel der neoliberalen Gegenreform im Bereich der Finanzpolitik ist den Bereich des öffentlichen Sektors tiefgreifend zu beschneiden und das Steuersystem weniger progressiv zu machen. Dies beruht auf vier zentralen Aussagen:

- Staatsquote/Privatisierungsgrad sind ohnehin zu hoch
- hohe Steuern und Abgaben sind wachstums- und beschäftigungsschädlich.
- hohe Steuerprogression zerstört den Leistungsanreiz
- Kapitaleinkünfte sind unter Globalisierungsbedingungen nicht mehr besteuert

Neoliberale „ReformerInnen“ glauben, dass private Ausgaben besser sind als öffentliche. Sie halten Steuern und Abgaben für Zwecke der Umverteilung oder öffentliche Dienste für eine Freiheitseinschränkung. Dabei erwähnen sie jedoch nicht, dass es immer nur um die Umverteilung von Freiheiten geht. Bei Steuersenkungen für Vermögende und Schließung einer öffentlichen Bibliothek etwa, werden Grundfreiheiten vieler zugunsten marginaler Freiheiten weniger eingeschränkt. Der Wunsch nach Einschränkung des öffentlich finanzierten Sektors gilt besonders für denjenigen Teil, der keinen direkten ökonomischen Nutzen bringt – wie z.B. viele Sozialleistungen. Gemäßigtere Neoliberale erkennen den Wert öffentlicher Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur, usw. durchaus an. Ihr Ziel ist den Staat zu einer Art Agentur für Wirtschaftsförderung umzubauen und seiner sozialen Dimension zu berauben. Der soziale Staat wird auf Armenfürsorge beschränkt. Öffentlich finanziertes Handeln wird von ihnen zuvorderst an seinem ökonomischen Nutzen gemessen.

Auch einer ökologischen Regulierung stehen viele Neoliberale skeptisch gegenüber. Da die Notwendigkeit staatlichen Handelns in diesem Bereich grundsätzlich kaum zu leugnen ist, wird hier in der Regel argumentiert, man müsse sich zunächst um die krankende Wirtschaft kümmern und könne sich nur international koordiniertes Vorgehen im Umweltbereich leisten. Dass es ohne entschiedenes Handeln gegen Klimakatastrophe und Artensterben auch viel weniger Wohlstand geben wird, kümmert sie weniger.

Neoliberale „ReformerInnen“ glauben, dass Steuern und Abgaben wachstums- und beschäftigungsschädlich sind. Es gibt jedoch keinerlei wissenschaftlichen Beweis, dass hohe Steuern und Abgaben schlecht für den Wirtschaftsstandort sind. Im Gegenteil: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Staatsquote/Privatisierungsgrad auf der einen Seite und wirtschaftlichem Erfolg auf der anderen (Scharpf/Schmidt 2000). Länder wie Schweden und Dänemark, u.a. zeigen, dass eine hohe Belastung mit Steuern und Abgaben sehr wohl mit höherer Beschäftigung als in Deutschland vereinbar sind. Hinzu kommt, dass die Steuern und Abgaben in Deutschland im internationalen Vergleich lediglich im Mittelfeld liegen. Trotzdem wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder behauptet, ein kleinerer öffentlicher Sektor sei für die Wirtschaft förderlich. Ferner wird gebetsmühlenhaft behauptet, die Steuern seien in Deutschland zu hoch, was jedoch ebenfalls nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr ist unser Steuersystem ineffizient, kompliziert und ungerecht, aber die real gezahlten Steuern sind niedrig. Bei der Größe des öffentlichen Sektors gilt: Es kommt drauf an, was man draus macht!

Neoliberale „ReformerInnen“ glauben, dass eine hohe Steuerprogression den Anreiz Leistung zu bringen zerstört. Allerdings wurde der gesamte Wiederaufbau nach dem Krieg mit Spitzensteuersätzen geleistet, die weitaus höher waren als heute. Auch heute haben einige der wohlhabendsten Länder wie Dänemark, Schweden, Frankreich und Japan sehr hohe Spitzensteuersätze. Eine hohe Steuerprogression in der Einkommensteuer scheint also mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit durchaus vereinbar zu sein.

Ein weiteres unschätzbare politisches Pfund für den neoliberalen Umbau ist der internationale Steuerwettbewerb. Trotz wachsender Ungleichheit und leeren Kassen wird so die Begünstigung von Kapitaleinkommen vermögiger Privatpersonen und großer Unternehmen quasi als Sachzwang gerechtfertigt. Auf diese Weise soll durchsetzbar werden, die Steuersätze für Gutverdienende (Kirchhof-, Merz/cDU-, fDP-Modell) oder zumindest für Kapitaleinkünfte wie Zinsen, Dividenden und Unternehmensgewinne (Eichels Pläne für eine duale Einkommensbesteuerung) noch weiter abzusenken. Dabei schrecken die Befürworter der Flat Tax (Kirchhof, Wissenschaftlicher Beirat des Finanzministeriums) auch vor Menschenrechtsverletzungen nicht zurück. So legt schon §13 der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 fest, dass die Steuerlast nach der Fähigkeit Steuern zu zahlen verteilt werden muss. Dem entsprechen aber nach allgemeiner Gerechtigkeitsvorstellung progressive Einkommenssteuern sowie Steuern auf Vermögen.

Die offensichtliche Alternative zum internationalen Steuerwettbewerb stattdessen entschieden nationale und internationale Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung einzuleiten, wird dagegen nicht oder nur völlig unzureichend verfolgt. Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die in den Medien und von cDU/fDP/Bund der Steuerzahler u.a. gefahrene Kampagne für den vollständigen Erhalt des steuerlichen Bankgeheimnisses, das eigentlich ein Steuerhinterziehungsgeheimnis ist. Ein Privileg für Vermögende, das sich international fast nur Steueroasen-Länder leisten. Die von Rot-Grün vorgenommenen vorsichtigen Einschränkungen des Bankgeheimnisses werden hartnäckig bekämpft. Ziel ist offensichtlich die „Sozialfreiwilligkeit“ des Eigentums.

Die neoliberale Seite kann bei ihrem Kampf gegen Steuern und für das Bankgeheimnis an der verbreiteten Staatsskepsis in der Öffentlichkeit anknüpfen. Paradoxerweise stehen gerade BezieherInnen kleiner Einkommen allem Staatlichen besonders skeptisch gegenüber, obwohl sie von den öffentlich finanzierten Leistungen und Einrichtungen profitieren<sup>3</sup>. Im Bereich der Steuern kommt es zu einer ähnlichen Paradoxie: Die doppelte innerliche Solidarisierung von Armen und Reichen. Zum einen empfinden von Lohnnebenkosten und Konsumsteuern geplagte KleinverdienerInnen Mitgefühl, wenn Einkommensmillionäre über ihre vermeintlich hohe Steuerlast klagen. Zum anderen identifizieren sich Kleingewerbetreibende und KleinstbetrügerInnen im Bereich von Steuern und Schwarzarbeit mit Personen und Firmen, die Steuerhinterziehung mit krimineller Energie in großem Ausmaß betreiben. So kommt es, dass die Prediger für das „Bürgerrecht auf Steuerhinterziehung“ in der Öffentlichkeit viel Unterstützung finden.

Ähnlich strategische Bedeutung wie das Bankgeheimnis hat die von neoliberalen PolitikerInnen bevorzugte Variante zur Reform der Gewerbesteuer. Sie soll zugunsten eines kommunalen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer schlicht abgeschafft werden. Benachbarte Gemeinden könnten dann auch um Zuzug von Privatpersonen mit niedrigen Steuersätzen werben. Damit würde der innerdeutsche Steuerwettbewerb auf die private Einkommensteuer ausgeweitet. Dahinter steht natürlich die Hoffnung, dass auf diese Weise der Druck zur Steuersenkung noch weiter zunimmt, als es wegen der Globalisierung ohnehin schon der Fall ist.

Grundsätzlich wird die Unterstützung für Sozialabbau um so größer, desto ungerechter die Finanzierung des öffentlichen Sektors empfunden wird. Insofern untergräbt die Begünstigung Gutverdienender und von Kapitaleinkommen durch Sonderregeln, geduldete Steuerhinterziehung, schamlose Steuerverkürzung durch Konzerne, Steueramnestieregelungen die Steuermoral großer Teile der Bevölkerung. Daraus ergibt sich aus Vergünstigungen für Kapitaleinkommen, die mit internationaler Mobilität drohen können, ein nicht zu unterschätzender politischer Druck auf die Besteuerung der Arbeitseinkünfte. Das gilt auch für die von cDU/fDP favorisierte Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte. Eine ungerechte Steuerverteilung wird von neoliberaler Seite zur Durchsetzung genereller Steuersenkungen missbraucht.

Bei den Versuchen den öffentlichen Sektor zusammen zu stützen, haben die neoliberalen StrategInnen zudem gelernt, dass es schwierig ist Leistungskürzungen des Sozialstaates direkt durchzusetzen. Daher setzen sie als ersten Schritt auf die Senkung von Steuern und Abgaben. Diese Absenkungen sind in der Öffentlichkeit ungleich beliebter als Ausgabenkürzungen und verursachen Haushaltslöcher. Diese Haushaltslöcher erscheinen dann in den jeweiligen Sozial-, Bundes-, Länder- oder Kommunalkassen

<sup>3</sup> Das erscheint freilich weniger paradox, wenn man bedenkt welche Alltagserfahrung viele sozial Benachteiligte mit dem Staat machen, der ihnen v.a. als gängelnde Sozialbehörde oder gar mit seinem Justizsystem entgegentritt. Trotz aller Kompliziertheit des Steuerrechts ist es vermutlich schwer Sozialhilfe oder Hartz IV zu erhalten als eine Einkommensteuerrückzahlung.

als Sachzwang, der dann die Durchsetzung von Leistungskürzungen ungleich einfacher macht. Obwohl neoliberale FinanzpolitikerInnen Staatsverschuldung häufig grundsätzlich ablehnen, nehmen sie zugunsten von Steuersenkungen sogar deren Steigerung in Kauf, um das eigentlich zentrale Ziel der Ausgabenkürzung besser verfolgen zu können. Um öffentliche Dienstleistungen und sozialstaatliche Transfers zu kappen, greifen sie also ihre Finanzierung an.

Diese Strategie wird in vielen europäischen Ländern von neoliberaler Seite angewendet. Besonders gut kann man die Methode in den USA studieren. Fast die Hälfte aller Kongressmitglieder hat dort eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, niemals für Steuererhöhungen zu stimmen

(<http://www.atr.org/pledge/index.html>)<sup>4</sup>. Zunächst hat die Bush-Administration durch Steuersenkungen das Haushaltsdefizit des Staates auf Rekordhöhen getrieben, unterstützt durch den Dauerbeschluss von neoliberalen Interessensgruppen. In der Folge werden weitere Einschränkungen öffentlichen Handelns um so besser durchsetzbar, freilich nicht in allen Bereichen gleichermaßen.

### **Rot-Grüne Steuer- und Abgabepolitik**

Die beiden wichtigsten rot-grünen Reformen waren fraglos die ökologische Steuerreform und die große Steuerreform 2000.

Die ökologische Steuerreform wurde gleich zu Beginn der ersten rot-grünen Legislaturperiode beschlossen. Steuern auf Energieverbrauch wurden zwischen 1999 und 2003 regelmäßig erhöht. Die Mehreinnahmen von im Jahre 2003 18,6 Mrd. € jährlich wurden für einen erhöhten Bundeszuschuss zur Rentenversicherung verwendet. Damit konnte der Beitragssatz um 0,8% gesenkt werden. Zudem wurde so eine Beitragssatzerhöhung (v.a. aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit) um weitere 0,9% vermieden. Ein Teil der versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung, die bisher von den BeitragszahlerInnen aufgebracht werden mussten, werden nun durch diesen höheren steuerfinanzierten Bundeszuschuss. 2004 wurde die systematische Erhöhung der Energiesteuern aufgegeben. Ökologisch brachte das erhebliche Fortschritte. So nahm der Kraftstoffverbrauch seit 2000 kontinuierlich ab: 2000: -2,8%, 2001: -1,0%, 2002: -2,3%, 2003: -3,5%. Die Absenkung der Lohnnebenkosten ist erfreulich, wenn sie auch geringer als angestrebt ausgefallen ist.

Allerdings war die Ökosteuer für die Umweltbewegung in vielfacher Hinsicht ein Pyrrhus-Sieg. Die Mehrheit der Bevölkerung stand der Ökosteuer stets skeptisch gegenüber. Oppositionsparteien und Medien – allen voran die Bild-Zeitung – schürten die Skepsis mit immer neuen Kampagnen. Die Konzeption der Ökosteuer machte diesen zu erwartenden Angriff besonders einfach:

- Während die Kosten der Ökosteuer für alle BürgerInnen durch jährliche Steuererhöhungen sichtbar waren, waren die Verringerungen der Rentenversicherungsbeiträge verhältnismäßig unsichtbar.
- Durch den z.T. gleichzeitigen Anstieg der Ölpreise fielen die wahrgenommene Steuererhöhungen stärker aus, als sie wirklich waren. Durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit wurden die grundsätzlich positiven Arbeitsplatzeffekte der Ökosteuer unsichtbar und die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge fiel schwächer aus als erwartet.
- Viele BürgerInnen haben nur begrenzte Möglichkeiten zur Energie- und damit Ökosteuerersparung, wenn attraktive Angebote etwa im öffentlichen Verkehr nicht existieren, verbrauchsarme Autos nicht zu attraktiven Preisen angeboten werden oder Energiesparmaßnahmen am Gebäude nicht im Bereich der Kontrolle von MieterInnen liegen. Ökologischer Gesetze, die diese Missstände hätten ändern können, wurden nicht beschlossen.
- Von der Senkung der Rentenversicherungsbeiträge profitierten bei weitem nicht alle Haushalte. Studierende, SozialhilfeempfängerInnen und RentnerInnen zahlen keine Rentenversicherungsbeiträge. Somit hat die rot-grüne Ökosteuer eine soziale Schieflage.
- Netto wurden die privaten Haushalte durch die Ökosteuerreform um jährlich 1.500 Mio. € belastet, die Industrie dagegen um 972 Mio. € entlastet. Die Ökosteuer verteilte also von

---

<sup>4</sup> Interessanterweise halten sich jedoch viele der UnterzeichnerInnen jedoch nicht an die Selbstverpflichtung („I, \_\_\_\_\_, pledge to the taxpayers of the \_\_\_\_\_ district of the State of \_\_\_\_\_ and to the American People that I will: ONE, oppose any and all efforts to increase the marginal income tax rates for individuals and/or businesses; and TWO, oppose any net reduction or elimination of deductions and credits, unless matched dollar for dollar by further reducing tax rates”).

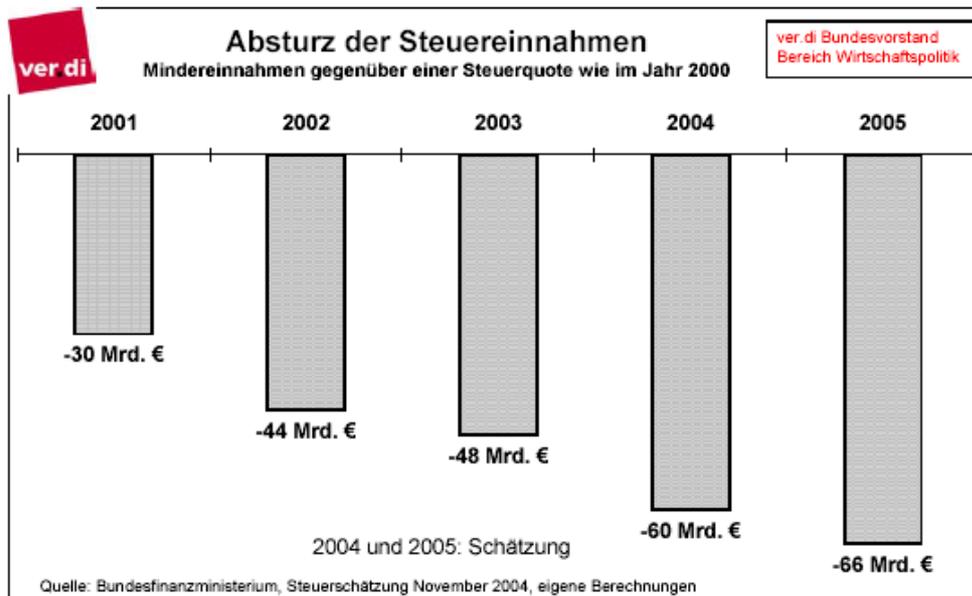
Privatpersonen zur Industrie um, was diese freilich nicht hinderte fortgesetzt gegen die Ökosteuer Sturm zu laufen.

Unter anderem durch diese Probleme wurde die Ökosteuer zu einer Kommunikationsniederlage. Selten war eine Maßnahme des Umweltschutzes unbeliebter als die Ökosteuer. Nach der Studie des Umweltbundesamtes „Umweltbewusstsein 2004“ lehnten im Jahre 2002 52% der Befragten die Ökosteuer ab. 2004 waren es schon 58%. Dabei geben 73% der Befragten an, sie hielten die Ökosteuer für sozial ungerecht. Kein Wunder also, dass es außerhalb der Umweltbewegung schwer geworden ist für die Idee der Ökosteuer noch BündnispartnerInnen zu finden. Die Gewerkschaften haben sich mit Ausnahme der IG BAU aus dem einst gemeinsamen Projekt verabschiedet (<http://www.foes.de/3aktuelles/index.html>). Selbst bei den Grünen will keine echte Begeisterung mehr aufkommen.

Die Grundidee der ökologischen Steuerreform bleibt trotzdem richtig und notwendig. Allerdings muss die Umweltbewegung das Modell generalüberholen, wenn es eine Zukunft haben soll. Insbesondere darf ein neuer Anlauf nicht einfach höhere Belastungen mit sich bringen, sondern muss für die BürgerInnen sichtbare Vorteile mit sich bringen: Etwa Geld auf dem Konto (Ökobonus) und umfangreiche ökologische Angebote (energiesparende Produkte zu bezahlbaren Preisen, öffentliche Dienstleistungen, usw.). Dagegen ist eine Erhöhung der Umsatzsteuer abzulehnen. Höhere Umsatzsteuern rauben den politischen Spielraum für höhere Steuern mit ökologischer Lenkungswirkung. Denn die Gesamtlast an Konsumsteuern kann aus sozialen und politischen Gründen nicht ins Unendliche gesteigert werden.

Während die Bilanz der ökologischen Steuerreform somit gemischt ausfällt, waren die große Steuerreform 2000 und einige weitere steuerpolitische Maßnahmen der Bundesregierung aus progressiver Sicht ein Desaster. Zunächst wollte die Bundesregierung eine aufkommensneutrale Steuerreform durchführen (Ganghof 2004). Die Einkommens- und Körperschaftsteuersätze sollten sinken und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Auf diese Weise sollten Einnahmeausfälle für die öffentlichen Haushalte vermieden werden. Im Zuge der Verhandlungen in Bundesrat und Bundestag kam es jedoch zu einer immer größeren Nettoentlastung. Dazu trug nicht nur die Opposition, sondern auch die rot-grüne Seite bei. Zusammen mit der schwachen Konjunktur kam es zu hohen Einnahmeausfällen bei den Kommunen, Ländern und beim Bund. Somit wurde der Druck zu weiteren Leistungseinschränkungen und Privatisierungen auf allen Ebenen massiv erhöht. Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Starke Senkung der Steuerbelastung für die Kapitalgesellschaften (darunter fast alle deutschen Konzerne), u.a. die Senkung der Körperschaftsteuer auf 25% (von vorher 30% für ausgeschüttete und 40% für einbehaltene Gewinne) und die komplette Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen. Eine ausreichende Gegenfinanzierung durch Schließung von Steuerschlupflöchern wurde nicht vorgenommen.
- Senkung des Spitzensteuersatzes (von 53% auf 42%) in der Einkommensteuer bei wiederum unzureichender Gegenfinanzierung (d.h. Entlastung aller Gutverdienenden) sowie Steuersenkung bei niedrigen Einkommen (Erhöhung des Grundfreibetrages und Senkung des Eingangssteuersatzes, sinnvoll!). Leider wurden die Steuern von Gutverdienenden weitaus stärker gesenkt als von GeringverdienerInnen, obwohl Einkommensteuersenkungen ohnehin schon deshalb eine soziale Schieflage haben, weil viele sozial Benachteiligte gar keine Einkommensteuer zahlen.



### Rot-Grün's Steuergeschenke reißen ein Loch in die Steuerkassen.

Aus: ver.di, Abt. Wirtschaftspolitik: Steuerausfälle –

Es gibt Alternativen, in: Wirtschaftspolitische Informationen 5/2004.

- Die Förderung von Kindern wurde im Rahmen des Steuersystems weiterwickelt. Heute können deutlich höhere Ausgaben für Betreuung und Ausbildung steuerlich geltend gemacht werden. Damit werden Kinder aus gutverdienenden Elternhäusern höher gefördert als aus ärmeren Familien, weil ja die Steuersätze der Einkommensteuer mit steigendem Verdienst zunehmen.
- Auch die verstärkte steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat eine soziale Schieflage, weil sich in der Regel nur Bezieher zumindest mittlerer Einkommen private Altersvorsorge leisten können. Diejenigen, die aufgrund niedriger Einkommen Schwierigkeiten haben ausreichende Ansprüche in der öffentlichen Rentenversicherung zu erwerben, sind eben auch kaum in der Lage sich durch private Vorsorge abzusichern.

In der Summe wirkten sich die vorgenommenen Maßnahmen ökonomisch fatal aus. Die Steuersenkungen führten zu Einnahmeausfällen des Staates und der Kommunen, die ihren Sparkurs weiter verschärfen mussten. Insbesondere die öffentlichen Investitionen wurden zurückgefahren, was die konjunkturell dämpfende Wirkung des Sparkurses noch verstärkte. Die BürgerInnen nutzten die geringeren Steuerzahlungen, um mehr zu sparen. Dies war bei den besonders begünstigten BezieherInnen hoher Einkommen zu erwarten. Die Steuerersparnisse der ArbeitnehmerInnen mit kleinen und mittleren Einkommen flossen jedoch auch nicht in höhere Nachfrage. Schlechte Lohnabschlüsse sowie ein Klima der Angst vor Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ließen keine gute Laune aufkommen. Somit kam die Steuerreform konjunkturell zur Unzeit, verschlimmerte weitere wirtschaftspolitische Fehler der Bundesregierung und verstärkte die Krisenstimmung noch zusätzlich.

Durch diese Maßnahmen handelte sich Deutschland Schwierigkeiten mit den Obergrenzen für Defizite und Verschuldung des Maastricht-Vertrages der EU ein, die sonst leicht vermeidbar gewesen wären. Das Geld für die Steuersenkungen von 60 Mrd. € war schlicht nicht vorhanden.

Hinzu kommt, dass sich in nun fast sieben Jahren rot-grüner Regierungszeit an den oben skizzierten grundlegenden Mängeln des Steuer- und Abgabewesens kaum etwas geändert hat. Die Last auf dem Faktor Arbeit ist nach wie vor hoch, die Belastung des Faktors Kapital niedrig. Die bestehenden nationalstaatlichen Handlungsspielräume zur Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuervermeidungen wurden nicht annähernd ausgeschöpft. Die Besteuerung von Vermögen ist in Deutschland weiterhin sensationell niedrig. Die Progressivität im Steuer- und Abgabensystem wurde weiter geschwächt. Einzig bei der Erhöhung der Umweltsteuern wurden ernsthafte Fortschritte erzielt, allerdings um den Preis einer fast totalen öffentlichen Diskreditierung des Instruments „Ökosteuer“. Diese Bilanz ist zwar nicht nur von Rot-Grün zu verantworten, sondern auch der Notwendigkeit geschuldet, sich im Bundesrat in allen steuerpolitischen Fragen mit cDU/fDP zu müssen. Trotzdem trifft die Regierungsparteien auch bei näherem Hinsehen eine wesentliche Mitschuld an der aus sozial-ökologischer Sicht miserablen Bilanz.

Mittelfristig hat jedoch etwas anderes noch negativere Konsequenzen: Statt den öffentlichen Sektor offensiv zu verteidigen, singt Rot-Grün bis heute das Lied der Steuersenkung<sup>5</sup>. Progressive Politik muss aber angesichts von wachsender sozialer Ungleichheit und ökologischer Zerstörung heute mehr denn je bedeuten, die Ergebnisse des Marktes nicht als naturgegeben hinzunehmen. Dafür braucht es jedoch finanzielle Ressourcen. Diese hat Rot-Grün deutlich beschnitten und stellt dies auch noch als großartigen Erfolg dar. Sicher muss auch progressive Politik eine Antwort auf die Frage finden, wie ein großer öffentlicher Sektor und starker sozialer Ausgleich mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft verbindbar ist. In Skandinavien kann man studieren, dass dies kein grundsätzlicher Widerspruch ist. Rot-Grün hat sich jedoch für ein anderes Leitbild entschieden: Senkung einer ohnehin niedrigen Steuerquote und Zurückdrängung des Öffentlichen.

Das ist sowohl ökonomisch als auch arbeitsmarktpolitisch falsch. Statt öffentliche Güter wie Bildung, Forschung, Infrastruktur und eine natürliche Umwelt kaputt zu sparen, müssten sie als Quelle gesellschaftlichen Reichtums ausgebaut werden.

Arbeitsmarktpolitisch stellt sich die Frage, in welchen Sektoren man die Arbeit der Zukunft sieht. Hier verfolgt die neoliberale Strategie das Ziel vor allem im privaten Dienstleistungsbereich durch Steuer- und Abgabensenkungen Arbeitsplätze zu erschließen. Aus progressiver Sicht spricht jedoch viel dafür, dass die größten unerledigten und gesellschaftlich sinnvollen Aufgaben in Bereichen liegen, die zumindest teilweise öffentlich finanziert werden müssen. Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, unerträgliche Arbeitsbedingungen und Zweiklassenbehandlung in Krankenhäusern, die Reparatur des verrottenden Kanalisationssystem, menschliche Altenpflege, vielfältige Landschaften, usw. sind die Quellen für Arbeitsplätze der

#### **Fragen von Attac Österreich** ([www.attac.at/steuer.html](http://www.attac.at/steuer.html))

Finden Sie es gerecht, dass Multimilliardäre auf ihre Zinseinkommen nur halb so viel Steuern zahlen (12,5%) wie Herr und Frau ÖsterreicherIn auf ihr Sparbuch (25%)?

Finden Sie es gerecht, dass Vermögen und Gewinne - obwohl sie überproportional wachsen - immer weniger Steuern leisten und dafür die Steuerlast auf dem Faktor Arbeit immer stärker ansteigt und öffentliche Leistungen gestrichen werden?"

Finden Sie es gerecht, dass freie Kapitalverkehrsautobahnen in Steueroasen gebaut werden, auf denen große Vermögen in Ruhe ausreisen und sich von der Besteuerung verabschieden dürfen?

Finden Sie es gerecht, dass die Allgemeinheit einen gewaltigen Beitrag zu Wirtschaftswachstum und zum Wachstum von Gewinnen und Vermögen beiträgt, dass aber umgekehrt Gewinne und Vermögen immer weniger für das Wohlergehen der Allgemeinheit beitragen und deshalb Postämter, Schulen und bald auch Krankenhäuser geschlossen werden müssen, dass Schnitt um Schnitt das soziale Sicherheitsnetz löchriger macht, weil in den öffentlichen Kassen kein Geld mehr ist?

<sup>5</sup> Als Kostprobe für unzählige Äußerungen rot-grüner Politiker ein Auszug aus dem Vorwort der Broschüre „Unsere Steuerpolitik“ des Bundesfinanzministeriums (Januar 2005): „Die Steuerreform 2000, deren letzte Stufe zum 1. Januar 2005 in Kraft tritt, verbessert die Angebotsbedingungen für Unternehmen und stärkt zugleich die Nachfrage. Als wesentlicher Teil des größten Steuersenkungsprogramms in der Geschichte Deutschlands trägt sie zu einer Gesamtentlastung von 59 Mrd“. Auch auf der Homepage der SPD findet sich Ähnliches: <http://steuerreform.spd.de/servlet/PB/menu/1043297/index.html>

Zukunft. Wer sie erschließen will, darf aber dem öffentlichen Sektor nicht die Einnahmequellen rauben.

Der durch die bisherige rot-grüne Steuersenkungspolitik in der politischen Öffentlichkeit angerichtete Schaden ist nur schwer zu korrigieren. Angesichts der neoliberalen Politik der rot-grünen Bundesregierung sind CDU und FDP noch weiter in die wirtschaftsliberale Ecke gerutscht. Nur wenige PolitikerInnen aus SPD und Grünen werden dem nach der Bundestagswahl zu erwartenden neuerlichen Angriff auf den öffentlichen Sektor noch glaubwürdig entgegentreten können. Vielleicht erweist sich die Zeit in der Opposition zusammen mit schärferer Konkurrenz im Parteiensystem als heilsam.

Im ersten Halbjahr 2005 ist keine klare Linie rot-grüner Steuerpolitik zu erkennen. Einerseits betonen inzwischen praktisch alle rot-grünen FinanzpolitikerInnen, dass es keine weiteren Steuerausfälle mehr geben darf. Andererseits wird beim Job-Gipfel zwischen Regierung und Opposition die weitere Senkung des Körperschaftsteuer zum greifbarsten Ergebnis. Erfreulicherweise versandet der Vorschlag im Parteiengezänk.

Gleichzeitig arbeitet der Finanzminister an Plänen zur Dualisierung des Steuersystems, also der Absenkung der Steuern auf Kapitaleinkünfte im Vergleich zu den Einkommen auf Arbeit. Solche Pläne wurden sowohl von der grünen Partei als auch der SPD-Bundestagsfraktion bisher immer abgelehnt. Währenddessen wettet der Parteivorsitzende Müntefering gegen die Kälte des Kapitalismus. Eine steuerpolitische Linie ist bei Regierung und Koalitionsparteien weniger denn je zu erkennen.

### **Progressive Steuerpolitik durchsetzungsfähig machen**

Aus dieser steuerpolitischen Ausgangslage ergeben sich eine Reihe von strategischen Überlegungen für die Weiterarbeit im Bereich progressiver Steuer- und Abgabenpolitik. Dabei ist klar, dass es in nächster Zeit realistischerweise nicht darum gehen, konkrete Verbesserungen durch zu setzen. Vielmehr muss die Arbeit im Bereich von Steuern und Abgaben ihren Teil dazu beitragen, die neoliberale Hegemonie als ganzes zu brechen. Dazu gehört natürlich gerade der Bereich der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Die zentrale Herausforderung liegt in einer überzeugenden Antwort auf den Niedrigsteuereiskurs der Neoliberalen. Diese Herausforderung besteht nicht nur in Deutschland, sondern in praktisch allen Wohlfahrtsstaaten.

Viel lernen kann man von der US-Organisation „Citizen for Tax Justice“ (CTJ), die in den letzten 25 Jahren dutzende Steuerkampagnen gegen neoliberale Interessensgruppen und Regierungsmehrheiten gefahren hat. Sie haben dabei eine grundlegende Erfahrung gemacht: In Steuerfragen wollen BürgerInnen wissen, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Leuchtet ihnen das Ziel ein, stimmen sie auch Steuererhöhungen praktisch immer zu. Das gilt nicht nur in Meinungsumfragen, sondern auch in Volksentscheiden. Allgemeine Debatten, ob Steuern zu hoch oder niedrig sind, sind in den USA aus progressiver Sicht dagegen kaum zu gewinnen (Interview mit Bob McIntyre, 11. Nov. 2004).

Gewerkschaften, Sozialverbänden, progressiven Teilen der Kirchen und Attac ist es in Deutschland nicht gelungen, eine Stimmung gegen die unsoziale Steuerpolitik unter Rot-Grün zu erzeugen, obwohl ökonomisch viel auf dem Spiel stand. Genauso wenig konnten die Umweltverbände verhindern, dass sich eine breite Anti-Ökosteuer-Stimmung in der Bevölkerung verankert hat, obwohl es um ein Flaggship der Umwelt-Lobby ging.

Das Mantra „Steuersenkungen sind gut für alle“ kann wohl nur durch eine langfristig angelegte Kommunikationskampagne durchbrochen werden. Eine solche Kampagne kann nur erfolgreich sein, wenn sie Steuerpolitik nicht als ein technisches Thema mit steuerfachlichen Details und sperrigem Vokabular darstellt, sondern als eine zutiefst politische Frage. Notwendig ist einige Kernbotschaften zu vermitteln, wie:

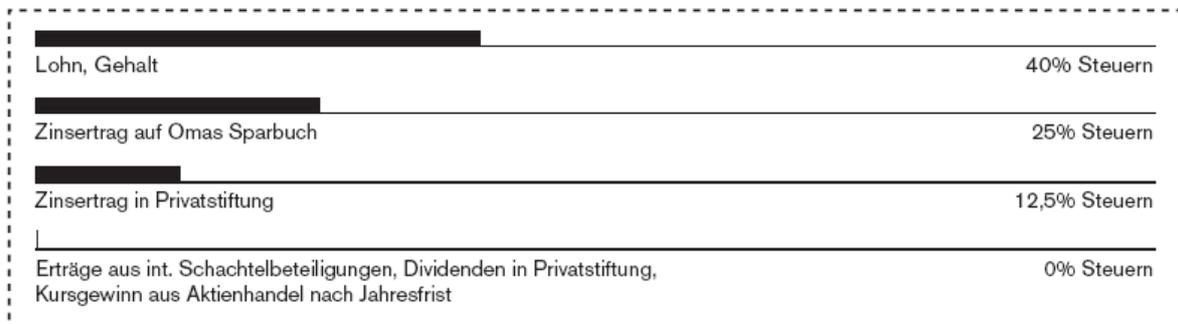
- Es ist genug Geld da, nur nicht in den öffentlichen Kassen.
- Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache Schultern.

- Einkünfte aus Arbeit und Kapital sollen gleichhoch mit Steuern und Abgaben belastet werden. Die Bevorzugung der Kapitaleinkünfte gehört abgeschafft.
- Steuerschlupflöcher schließen – im Inland und im Ausland
- Vermögen muss angemessen besteuert werden.
- Wer viel zur Umweltzerstörung beiträgt, soll auch höhere Steuern bezahlen.
- Steuern und Abgaben sind kein Übel, sondern Zeichen einer zivilisierten Gesellschaft.

Diese Kernaussagen eignen sich so jedoch nicht für politische Kampagnen. Dazu sind sie zu abstrakt. Vielmehr müssen sie mit konfrontativen und zuspitzenden Aufhängern unter das Volk gebracht werden. Ein gutes Beispiel war die von Attac geführte Kampagne gegen die Steuertrickserien von Vodafone in der Folge der Mannesmann-Übernahme ([www.vodaklau.de](http://www.vodaklau.de)). Eine Reihe solcher Aktionen kann die öffentliche Meinung nachhaltig beeinflussen. Um auch mit begrenzten Ressourcen Erfolg zu haben, muss man auf eine konfrontative Strategie setzen. Geeignet sind dazu nicht unbedingt die Themen, bei denen das Problem am größten ist, sondern diejenigen, bei denen die GegnerInnen am klarsten erkennbar sind. Im Steuerbereich sind dies insbesondere die Profiteure von Steuergeschenken, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. So wurde deutlich sichtbar, wie unbeliebt Konzerne und Vermögende sind, die sich trotz hoher Gewinne und Einkommen um Steuerzahlen drücken. Über konkrete Beispiele ist es möglich von einer technisch-ökonomischen Diskussion über Steuerschlupflöcher zu einem Skandalisierungs- und Aufdeckungsdiskurs zu kommen, der die Absurditäten und Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems deutlich machen.

Gefragt sind dazu Kommunikationsformen, die von sich reden machen. Warum kein Wettbewerb mit der Suche nach dem „Steuervampir des Monats?“? Warum kein Ranking von Unternehmen nach ihrer Steuermoral? Warum keine Hitparade von Banken nach ihrer Präsenz in Steueroasen? Warum keine Kampagne „Ich zahle mehr Steuern als Daimler!“? Mit einer solchen Kampagne hat CTJ in den 80er Jahren den konservativen US-Präsidenten Reagan zur Einführung einer Mindestbesteuerung für Konzerne gebracht.

Finden Sie es fair, dass Sie von 100.000 Euro\* für



zahlen?

\*ohne SV-Beiträge

### Attac Österreich fragt schlicht und wirkungsvoll: Was ist fair?

Quelle: Attac Österreich 2005: Positionspapier Fair Steuern

Unternehmen mit wertvollen Markennamen reagieren empfindlich auf breit vorgetragene öffentliche Kritik. Diese Markennamen sind einer der zentralen Schwachpunkte im Machtsystem der Neoliberalen. Sicher kann man nicht erwarten, dass die Konzerne allein aufgrund des BürgerInnendrucks brav Steuern bezahlen. Allerdings können gezielte Kampagnen das öffentliche Interesse wecken und so auch zu schärferen Gesetzen beitragen. Außerdem können sie helfen, den Widerstand der Konzernlobby zu reduzieren. Solchen „Naming and Shaming“-Kampagnen steht in Deutschland leider im Wege, dass die notwendigen Steuerdaten kaum zur Verfügung stehen. Nur schwer ist mit unangreifbarer Korrektheit zu sagen, wer wie wenig Steuern bezahlt hat. Ähnliche statistische Mängel gibt es bei der Steuerlast vermögender Bevölkerungsgruppen und der Vermögensverteilung an sich. Deshalb wären progressive Steuerkampagnen deutlich leichter, wenn die Veröffentlichungspflichten von Unternehmen über ihre Steuerzahlungen erweitert würden und die statistische Aufarbeitung von Steuerdaten gerade aus verteilungspolitischer Sicht verbessert würden.

In anderen Ländern – etwa den USA und den skandinavischen Ländern – ist das gängige Praxis. So könnte es auch zu einer Debatte darüber kommen wer was zahlt (reale Steuerlasten) statt immer nur über fiktive Steuersätze zu reden.

Zudem müssen wir die VerliererInnen sichtbar machen: Wie viel Schulen können saniert, wie viele Kindergartenplätze eingerichtet werden und wie viele Naturschutzgebiete gepflegt werden, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen werden und sich so die real gezahlten Steuern den Steuersätzen angleichen?

Die schockierenden Zahlen der Steuerungerechtigkeiten und Steuerprivilegien müssen unter das Volk! Zu fordern ist, dass der regelmäßige Subventionsbericht mit einem Steuerhinterziehungs- und Steuervermeidungsbericht ergänzt wird!

Allgemeiner gesagt, muss es darum gehen von einem Diskurs über allgemeinen Geldmangel und Steuersenkungen zu einer Diskussion von Steuerprivilegien und Verteilung der Steuerlast zu kommen.

Solche Kampagnen können jedoch langfristig nur Erfolg zeigen, wenn sie mit grundlegender Aufklärung über Steuerfragen und umfassenden steuerpolitischen Reformvorschlägen verbunden sind. Das System „jeder zahlt, wenige verstehen“ ist nicht nachhaltig. Verfügen die meisten BürgerInnen über kein ökonomisches Grundwissen, wird es uns kaum gelingen, mehr demokratische Kontrolle und BürgerInneneinfluss in der Steuerpolitik zu erreichen. Die Kampagnen sind der Hebel, ökonomische Aufklärung das Ziel.

### **Zunehmende Ungleichheit skandalisieren**

Eine wesentliche Achillesferse der neoliberalen Konzeption liegt in den ungleichen Verteilungsergebnissen und der steigenden ökonomischen Unsicherheit. Sie sind prägender Bestandteil der neoliberalen Konzeption und daher innerhalb des neoliberalen Ansatzes unvermeidlich. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat auf dem Hintergrund von über Jahrhunderte geprägten Gerechtigkeitsgefühlen fundamental andere Auffassungen von Verteilungsfragen als die neoliberalen StrategInnen. Ungleichheit halten die meisten Menschen nur in relativ engen Grenzen für legitim. Im Jahre 2003 besaßen die oberen 50% der Haushalte 96,3% des (Netto-) Vermögens in Deutschland, die unteren 50% mussten sich mit 3,8% zufrieden geben (2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005). Die (Einkommens-)Armutquote ist zwischen 1998 und 2003 von 12,1% auf 13,5% angestiegen. Das ist sicher jenseits dessen, was die meisten Menschen für erträglich halten. Hinzu kommt, dass Vermögen zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung sehr ungleich verteilt ist. Reichtum ist westdeutsch und männlich. Frauen und Ostdeutsche sind häufiger von Armut betroffen und verfügen über ein geringeres Vermögen (Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005).

Vermögensunterschiede sind auch im Vergleich zu ungleichen Einkommen besonders schlecht legitimiert, weil von ihnen keinerlei Leistungsanreiz ausgeht. Ähnliches gilt für wichtige Teile der Kapitaleinkommen. Einkommensarmut ist besonders schlecht legitimiert, wenn sie trotz Arbeit entsteht.

Es erscheint unwahrscheinlich, dass angesichts dieser Verhältnisse der Anspruch auf faire Verteilung von Reichtum und Einkommen in den europäischen Ländern verstummen wird. Damit wird auch der Ruf nach einer Steuerpolitik hörbar bleiben, die den Anspruch hat, die ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung zwischen Arm und Reich zu korrigieren. Progressive steuerpolitische Positionen werden damit immer wieder willkommene Unterstützung erfahren.

Die wirtschaftsliberale Seite versucht deshalb ein Umerziehungsprogramm zur Akzeptanz von Ungleichheit und Unsicherheit zum Erfolg zu bringen (Müller 2004). Dies müssen soziale Bewegungen im weitesten Sinne zum Scheitern bringen, in dem wir die Verteilungsergebnisse des deregulierten Marktes in Misskredit bringen. Die zunehmende Armut muss sichtbar werden, wie der ausufernde Reichtum auch. Dazu gehört auch die Unterschiede zwischen Geschlechtern, Regionen und Berufsgruppen herauszustellen. Viel stärker als bisher sollten wir Gerechtigkeitsempfinden, Moral und Anstand der großen Mehrheit ansprechen. Alle Umfragen zeigen, dass die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit nach wie vor tief verwurzelt ist.

Dazu sollten wir auch die unmoralische Seite der Forderungen der politischen und ökonomischen Eliten brandmarken, die längst in einer sicheren, anderen Welt leben als ihre Opfer. Das gilt ebenfalls für PolitikerInnen und die meisten Verantwortlichen in Medien, Interessensverbänden, Wirtschaftsforschungsinstituten, usw. Ihre Politik ist moralisch leicht angreifbar. So profitieren die

wirtschaftlichen und politischen Eliten selbst von der neoliberalen Politik. Ein Bundestagsabgeordneter (ledig, keine Kinder) spart jährlich durch die rot-grüne Steuerreform 6.083 € Steuern. Sollten die Pläne von eDU-Merz verwirklicht werden, wären es sogar 12.752 €, bei Kirchhof (Botschafter Initiative Soziale Marktwirtschaft) 15.219 €. Sie muten also anderen eine Verarmungspolitik zu, nehmen sich selbst jedoch davon aus. Neoliberale Steuerpolitik wird also von denen gemacht, die selbst davon profitieren. PolitikerInnen und WirtschaftslobbyistInnen erscheinen damit als korrupte Profiteure.

Bundesregierung wie Opposition sind bisher jegliche glaubwürdige Antwort schuldig geblieben, wie sie die enormen Unterschiede der Vermögensverteilung und die zunehmende Prekarität der Arbeit trotz weiter wachsender Wirtschaftskraft verändern wollen. Genauso unklar ist, wie die im Zuge der Globalisierung und der Schwäche von Gewerkschaften sich öffnende Lohnschere zwischen hohen und niedrigen Einkommen wieder zusammengeführt werden soll. Angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung steigen die staatlichen Aufgaben. Vor allem schlechter qualifizierte ArbeitnehmerInnen stehen unter massiver Konkurrenz aus den Billiglohnländern, während gut Qualifizierte sogar höhere Löhne und Arbeitgeber in den Gewinnerbranchen höhere Gewinne einstreichen können. Während erstere in zunehmend prekären und unsicheren ökonomischen Verhältnissen leben, stehen den BezieherInnen von Kapitaleinkünfte größere Besitztümer, Freiheiten und Sicherheiten zur Verfügung denn je. International ist daher eine Politik notwendig, die den Entwicklungsländern ein schnelles Aufholen ermöglicht. Innerhalb der Industrieländer ist es dagegen nur fair, wenn der Staat für einen Ausgleich zwischen GlobalisierungsverliererInnen und –gewinnerInnen sorgt. Dazu gehört zum einen Absicherung für die ArbeitnehmerInnen, die etwa durch Arbeitslosigkeit Einkommensausfälle haben. Zum anderen braucht es ungleich höhere Investitionen in Bildung und Innovation, um möglichst vielen einen Zugang zu den ökonomischen Vorteilen der Globalisierung zu ermöglichen. Für beides sind öffentliche Ausgaben notwendig, finanziert aus Steuern, die von den Gewinnern des intensiveren globalen Wettbewerbes zu zahlen wären. Genau diese Steuern stehen aber unter unserem derzeitigen Steuersystem unter Globalisierungsstress und gleichzeitigem ideologischem Druck der Neoliberalen. Globalisierung erzeugt also nicht nur GewinnerInnen und VerliererInnen, sondern schränkt gleichzeitig die Möglichkeiten des Staates ein, die VerliererInnen zu entschädigen.

### **Internationale Sachzwänge einschränken**

Ein wesentlicher Grund, warum höhere Steuern auf die Kapitaleinkommen und Vermögen der Globalisierungsgewinner schwer durchsetzbar sind, liegt in der zunehmenden Ausweichreaktion des Kapitals in Niedrigsteuerländer. Internationale Steuerflucht und Steuervermeidung sind dabei nichts anderes als die Verweigerung der KapitalbesitzerInnen sich an der Finanzierung des sozialen Ausgleichs zu beteiligen. Internationale Steuerumgehung ist zum Hebel für die Hinnahme sozialer Ungleichheit geworden. Sie stellt den historischen Klassenkompromiss in den Wohlfahrtsstaaten fundamental in Frage.

Diesen Problemen dürfen progressive Alternativkonzepte nicht ausweichen, wenn sie glaubwürdig sein sollen. Die Möglichkeiten internationaler Steuerkoordination und Steuerharmonisierung müssen konsequent ausgeschöpft werden. Leider konnten dabei innerhalb von OECD und EU kaum Fortschritte erzielt werden. Beschlüsse zogen sich unerträglich lange hin und die erreichten Kompromisse sind zur Lösung der Probleme weitgehend unwirksam (Giegold 2004). Daher sollte Deutschland ergänzend zu den multilateralen Verhandlung auf Maßnahmen setzen, die nur mit Staaten abgestimmt werden, die ebenfalls zum Handeln gegen internationales Steuerdumping entschlossen sind. So könnte ohne Rücksichtnahme auf klassische Steueroasen entschieden vorgegangen werden. Natürlich bleibt dabei das Ziel erhalten, letztlich konsequente Maßnahmen innerhalb von EU, OECD und UNO zu vereinbaren. Nur wenn steuerliche Fragen einen zentralen Stellenwert in der Außenpolitik bekommen, kann ein sozial gerechtes Steuersystem auch unter Globalisierungsbedingungen entwickelt werden.

Außerdem muss der immer noch erhebliche nationale Handlungsspielraum zur Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuervermeidung genutzt werden. Eine wichtige Aufgabe für die KritikerInnen des internationalen Steuerwettlaufs nach unten liegt daher darin die Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuervermeidung in einem detaillierten und

ausgearbeiteten Konzept zusammenzuführen, zu popularisieren und dafür UnterstützerInnen zu suchen.

Nur wenn es gelingt den internationalen Druck auf ein umverteilendes Steuersystem entscheidend zu mildern, können wir der dominanten steuerpolitischen Logik etwas Überzeugendes entgegenzusetzen. Solange dieser Druck unvermindert fortbesteht, wird sich die letztlich die folgende Position durchsetzen: Entweder Kapitaleinkünfte werden auch de jure sehr deutlich niedriger besteuert als Arbeitseinkünfte (Dualisierung des Steuersystems oder großzügige Ausnahmen für Kapitaleinkünfte) oder der Anspruch auf Umverteilung innerhalb der Einkommensteuer wird mit einem radikal niedrigem Spitzensteuersatz weitgehend aufgegeben (Flat Tax, Kirchhof-Modell). Ohne entschiedene Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung auf nationaler und internationaler Ebene haben wir diesem scheinbaren Sachzwang zu niedrigen Steuersätzen auf mobile Kapitaleinkünfte wenig entgegenzusetzen.

### **Eigene Glaubwürdigkeitslücken schließen**

Progressive Steuerpolitik wird jedoch nur dann eine Chance haben, wenn eigene blinde Flecken progressiver Steuerpositionen offensiv angegangen werden.

So ist es etwa einem Teil der Gewerkschaften aber auch politischen Parteien schwer gefallen, Mängel im öffentlichen Dienst anzugehen. Gerade wer den öffentlichen Sektor verteidigen und ausbauen will, muss an seiner Bürgernähe und Effizienz ein großes Interesse haben. Die Attacken auf die sozialen Errungenschaften werden den neoliberalen Kräften durch zahlreiche negative Alltagserfahrungen der Menschen mit öffentlichen Einrichtungen stark erleichtert. Die weit verbreitete Einstellung „Gerade jetzt dürfe man darüber nicht öffentlich reden und auch noch spalten.“ wirkt sich dadurch letztlich kontraproduktiv aus.

Negative Alltagserfahrungen ergeben sich auch aus dem komplizierten Steuerrecht und der aufwändigen Form der Steuererklärungen. Selbst demjenigen, der eigentlich die Notwendigkeit einsieht, Steuern zu zahlen, wird die eigene „Liebe zur Steuer“ durch das Dickicht von Vorschriften und Formularen nicht gerade leicht gemacht. Lange gab es eine Neigung von progressiver Seite das Thema Steuervereinfachung grundsätzlich in das Reich des Bösen zu verdammen, weil es nur der Legitimation von Umverteilung von unten nach oben diene. Diese Position greift aber deutlich zu kurz und holt die MitbürgerInnen nicht bei ihrer eigenen Erfahrung ab. Es geht aber einfacher und gerechter zugleich! Das gemeinsame Konzept von ver.di, IGmetall und Attac für eine „Solidarische Einfachsteuer“ weist in die richtige Richtung.

Probleme gibt es auch beim immer wieder geforderten Abbau schädlicher Subventionen. Viele Subventionen des Staates gehen in Bereiche, die nicht zukunftsfähig sind: Eigenheimzulage für Einfamilienhausbauten auf der grünen Wiese, Steinkohlesubventionen, Steuervergünstigungen für den klimaschädlichen Flugverkehr, Alimentierung einer tierquälerischen und landschaftszerstörerischen Landwirtschaft, die dazu noch ungesunde Produkte erzeugt. Wer immer den Ab- oder Umbau dieser Subventionen fordert legt sich mit mächtigen Interessensgruppen an und riskiert auch unter den GegnerInnen des neoliberalen Umbaus Begünstigte zu verärgern. Wer diesen jedoch nicht fordert, macht sich in der Steuerpolitik schnell unglaubwürdig. Das wiegt letztlich schwerer.

Neoliberalen Kräften ist es dagegen zunehmend gelungen, öffentliches Handeln als grundsätzlich ineffizient, und bürokratisch darzustellen. Der anti-neoliberalen Koalition gelingt es viel zu selten deutlich zu machen, wie große Vorteile öffentliches soziales Handeln für die große Mehrheit der Bevölkerung hat. Die Erfolgsgeschichten müssen hörbar werden: Der hohe Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Skandinavien gibt es nicht trotz, sondern wegen einer stärker regulierten Wirtschaft. Die effiziente Verwaltung und Verwendung von Rentenversicherungsbeiträgen in den öffentlichen Rentenkassen im Vergleich zu den ineffizienten und risikobehafteten Pensionsfonds. Die vielen gut funktionierenden öffentlichen Betriebe und Einrichtungen. Gerade im Vergleich zur massiven Verschwendung und Skandalen im privaten Bereich muss sich ein gut organisierter öffentlicher Sektor wirklich nicht verstecken. Wir sollten also sowohl das Versagen von Märkten bekannt machen, als auch die Erfolge von regulierenden Eingriffen verbreiten.

Wenn es nicht gelingt, die Funktionsfähigkeit und den Ruf der öffentlichen Einrichtungen und Institutionen grundlegend zu verbessern, besteht die große Gefahr, dass viele Menschen das Interesse an ihnen verlieren. Die Besserverdienenden werden dann private Institutionen nutzen und damit zum weiteren Verfall des öffentlichen Systems beitragen. Daher ist so wichtig, die immer weitere

Qualitätsspaltung zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Altersversorgung, usw. aufzuhalten und rückgängig zu machen. Dazu gehört auch sich Privatisierungstendenzen etwa im Bildungs- und Gesundheitsbereich in den Weg zu stellen. Sonst wird der Rückbau des öffentlichen Raums und seiner Finanzierung schnell zu einem sich selbst verstärkenden System.

Für all diese Fragen ist die Demokratisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie der Finanz- und Haushaltspolitik von entscheidender Bedeutung. Tiefgreifende Demokratisierung kann helfen, die BürgerInnennähe von öffentlichen Angeboten zu steigern. Sie kann, wie der BürgerInnenhaushalt aus Porto Alegre und anderen brasilianischen Kommunen zeigt, die Bedeutung und Legitimität öffentlicher Ausgaben steigern. Auch vor mehr Volksentscheiden in diesem Bereich sollten wir uns nicht fürchten. Bei sinnvollen Ausgaben stehen die BürgerInnen auf der Seite der Gemeinschaftskasse. Vergessen wir nicht, dass das zentrale Problem der neoliberalen Ideologen ist einer Minderheit Vorteile auf Kosten der sozialstaatlich geprägten Mehrheit zukommen zu lassen.

### **Ungewöhnliche und breite Allianzen schmieden**

Die Strategie den öffentlichen Sektor systematisch zusammen zu kürzen, wird auch von cDU/csU und unter UnternehmerInnen keineswegs so konsensual geteilt, wie es in den Stellungnahmen der einschlägigen Verbände erscheint. So mehren sich in den letzten Monaten öffentliche Stellungnahmen von UnternehmerInnen, die die Sinnhaftigkeit der bisherigen ökonomischen Strategie bezweifeln (etwa Porsche-Chef Wiedeking und dm-Gründer Götz Werner). Wenn die Binnenkonjunktur weiterhin lahmt, wird vielleicht auch der ein oder andere Unternehmensverband seine Position überdenken. Dabei darf man sich keine Illusionen machen. Bei den wirtschaftsliberal orientierten Parteien und Interessensgruppen bis in die Sozialdemokratie hinein, gibt es eine offene oder klammheimliche Freude über die steuerlichen Sachzwänge. Der „Reform“druck auf den Sozialstaat wird von großen Teilen der Elite in den Industrieländern gewollt. Entlarvend ist die Bemerkung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Luxemburgs, Jean-Claude Juncker: "Wir wissen ganz genau, was zu tun ist, wir wissen aber nicht, wie wir die nächsten Wahlen gewinnen können, sobald wir es getan haben".

Allerdings gibt es in Wirtschaft, Verwaltung und Politik wichtige Kräfte, die das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und seiner solidarischen Finanzierung durchaus erhalten und fortentwickeln wollen. Bisher ist es praktisch nicht gelungen, diese Personen und Institutionen mit den VertreterInnen und Organisationen, die dem Neoliberalismus sehr grundsätzlich skeptisch gegenüber stehen, zusammen zu bringen und zumindest punktuell zusammen zu arbeiten. So müsste es viele eher auf den deutschen Markt orientierte Unternehmen auch ärgern, dass sie viel mehr Steuern zahlen als transnationale Unternehmen. Ebenso sollte vielen kleinen und mittleren Unternehmen auffallen, dass es ihnen in den stärker regulierten Zeiten deutlich besser ging, als in der Ära der kapitalistischen Globalisierung. Auch viele Gutverdienende haben eine grundsätzlich positive Einstellung zum Sozialstaat und wollen nicht in einer sozial gespaltenen Gesellschaft leben, in der sich letztlich niemand mehr sicher fühlen und frei bewegen kann. Schließlich gibt es angesichts eines Anteils des öffentlichen Sektors von 47,5% (2004) am Bruttoinlandsprodukt logischerweise viele Menschen und Einrichtungen, die dem Neoliberalismus skeptisch gegenüber stehen. Dazu gehören viele Verantwortliche in den Kommunen, aber auch in den sozialen Einrichtungen, Kirchen und Bildungsinstitutionen. Leider melden sie sich steuerpolitisch viel zu selten öffentlich zu Wort. Groß ist ihre Angst, Förderer und wirtschaftsliberal orientierte Mitglieder mit Forderungen nach Steuergerechtigkeit und höheren Steuern zu verschrecken oder nur aus Eigennutz Position zu beziehen. Hier liegt ein weites Betätigungsfeld für Bündnisse.

### **Perspektive: Netzwerk Steuergerechtigkeit in Deutschland**

Ein wichtiger Schritt gegen Steuerflucht war die Gründung des „Tax Justice Network“ im Februar 2003. Dieses erste internationale Netzwerk der SteuerfluchtgegnerInnen wurde auf dem europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 als europäischer Zusammenhang gegründet und weitete sich im Januar 2003 beim Weltsozialforum auf die globale Ebene aus. Die grundlegende Erklärung des Netzwerks wurde inzwischen von zahlreichen Gewerkschaften, religiösen Organisationen, anderen Nichtregierungsorganisationen sowie WissenschaftlerInnen und Fachleuten unterzeichnet. Organisationen und Einzelpersonen aus 20 Ländern sind inzwischen an dieser Arbeit beteiligt. Das internationale Netzwerk wird außerdem den Informationsaustausch zwischen den verschiedenen

Ländern verstärken. Nur durch ein breites internationales Netzwerk kann es gelingen, dass in den verschiedenen Staaten die gleichen Forderungen zur Bekämpfung der Steuerflucht erhoben werden. Nur durch international abgestimmte Aktionen und Kampagnen werden wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Im November 2004 wurde das Netzwerk auch in Deutschland auf den Weg gebracht. Mit etwas Geschick kann sich das Netzwerk zu einem spannenden Akteur entwickeln, der steuerpolitisch kritische Kräfte aus den Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammenbringt und gemeinsame Kampagnen organisiert, bei denen sich alle auf ihre Art und Weise einbringen können.

## **Literatur**

Attac France (2005): *Vivent les impôts!*, Mille et une nuits: Paris.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2005): *Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung*, Berlin.

EU Kommission (2004): *Structures of the taxation systems in the European Union*.

Ganghof, Steffen (2004): *Wer regiert in der Steuerpolitik? Einkommensteuerreform zwischen internationalem Wettbewerb und nationalen Verteilungskonflikten*, Campus: Frankfurt/Main.

Giegold, Sven (2003): *Steueroasen trockenlegen. Die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen*, Attac-Basistext 4, vsa: Hamburg.

Giegold, Sven (2004): *Symbolische Politik – die multilaterale Regulierung der Steuerflucht*, in: WSI-Mitteilungen, 12/2004.

Jarass, Lorenz/ Obermair, Gustav M. (2002): *Wer soll das bezahlen? Wege zu einer fairen und sachgerechten Besteuerung – Begrenzung der Belastung für alle, Mindest-Belastung für die Großen*, Metropolis: Marburg.

Müller, Ulrich/Giegold, Sven/Arhelger, Malte (2004) (Hrsg.): *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg: vsa.

Scharpf, Fritz (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt a.M./New York.

Scharpf, Fritz/Schmidt, Vivien A. (2000): *Welfare and work in the open economy*, vol 1 & 2, Oxford: Oxford University Press.

ver.di, Abt. Wirtschaftspolitik: *Steuerausfälle – Es gibt Alternativen*, in: *Wirtschaftspolitische Informationen* 5/2004.

ver.di, Attac (2004): *Konzept für eine Solidarische Einfachsteuer*, Berlin/Frankfurt.

## Steuern auf Konsum in Deutschland niedrig Spielraum für Umweltsteuern

Table C.1\_G: Taxes on Consumption as % of GDP: Total

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	11,0	11,4	11,4	11,3	11,6	11,5	11,2	11,4	11,3	0,2	0,3
DK	15,6	16,0	16,0	16,4	16,5	15,9	15,8	15,9	16,0	0,1	0,4
DE	10,2	9,9	9,8	9,8	10,3	10,3	10,2	10,1	10,1	0,4	0,0
EL	13,4	13,5	13,0	13,1	13,2	13,3	13,6	13,1	13,3	-0,1	-0,3
ES	9,0	9,1	9,3	9,8	10,3	10,3	9,9	10,0	9,7	1,9	1,1
FR	12,7	13,1	12,9	12,7	12,6	12,0	11,8	12,1	12,5	-1,3	-0,6
IE	13,1	13,0	12,7	12,5	12,2	12,3	11,2	11,1	12,3	-2,4	-2,0
IT	10,5	10,1	10,4	10,7	11,0	11,0	10,5	10,3	10,6	0,3	-0,2
LU	11,4	11,2	11,2	10,9	11,3	11,3	11,0	11,7	11,3	0,1	0,2
NL	10,8	11,1	11,2	11,2	11,4	11,5	11,9	11,7	11,3	1,2	0,9
AT	11,6	12,7	12,7	12,5	12,7	12,4	12,3	12,6	12,4	0,5	1,0
PT	12,6	12,7	12,4	12,6	12,6	12,4	12,2	12,5	12,5	-0,3	-0,1
FI	13,9	14,0	14,5	14,1	14,4	13,8	13,3	13,7	14,0	-0,6	-0,2
SE	13,5	13,1	13,1	13,2	13,1	12,7	12,9	13,0	13,1	-0,5	-0,5
UK	13,4	13,4	13,6	13,5	13,7	13,6	13,4	13,4	13,5	0,0	-0,1
EU15	11,5	11,5	11,6	11,6	11,9	11,8	11,6	11,6	11,6	0,2	0,1
Euro12	14,0	14,1	14,7	14,8	15,2	15,3	15,0	15,0	14,7	1,1	1,0
EU15 (arithmetic average)	12,2	12,3	12,3	12,3	12,5	12,3	12,1	12,2	12,3	-0,1	0,0
Euro12 (arithmetic average)	11,7	11,8	11,8	11,8	12,0	11,9	11,6	11,7	11,8	-0,1	0,0
Ratio st.dev. and mean in %	15,2	15,7	15,4	15,0	13,8	12,4	13,4	13,5			-1,6
Difference max. and min.	6,6	6,9	6,7	6,7	6,2	5,6	5,9	5,9			-0,7

1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP

See explanatory notes in Annex C

Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

## Umweltsteuern in Deutschland im EU-Vergleich niedrig

Graph II-4.1 Decomposition of environmental tax revenues  
2002, in % of GDP

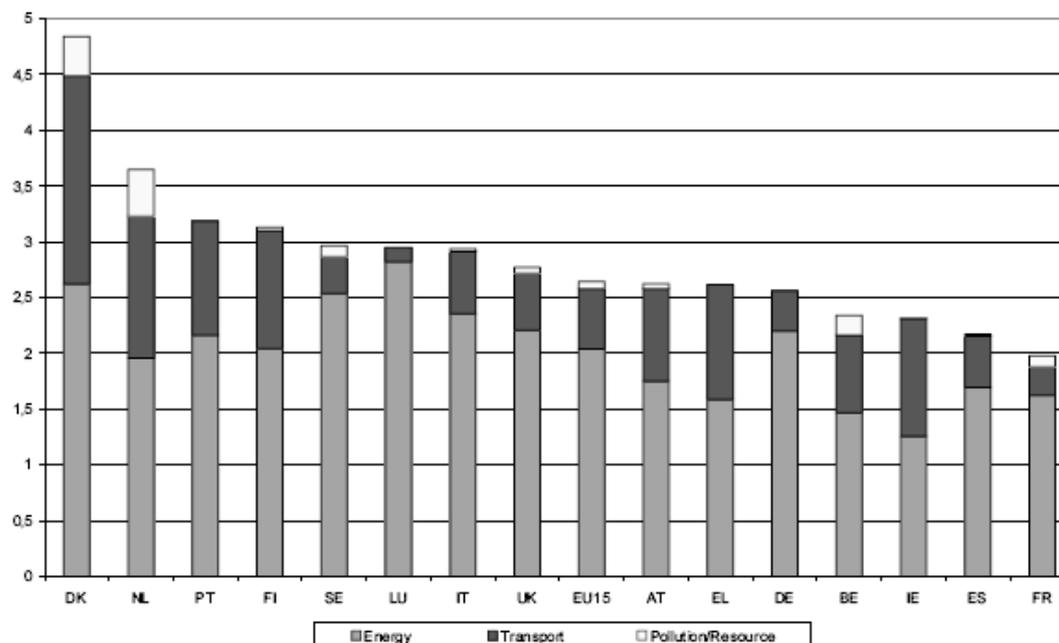


Table C.4\_G: Environmental taxes as % of GDP: Total

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	2,4	2,6	2,6	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,5	-0,9	0,0
DK	4,4	4,7	4,7	5,1	5,2	4,7	4,7	4,8	4,8	0,8	0,4
DE	2,4	2,3	2,2	2,2	2,3	2,4	2,6	2,6	2,4	1,8	0,2
EL	3,5	3,5	3,4	3,2	3,1	2,6	2,9	2,6	3,1	-4,6	-0,9
ES	2,2	2,2	2,2	2,3	2,4	2,1	2,1	2,2	2,2	-0,7	-0,1
FR	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,1	2,0	2,0	2,2	-3,0	-0,4
IE	3,1	3,1	3,0	3,0	3,0	2,9	2,4	2,3	2,9	-4,2	-0,8
IT	3,7	3,6	3,5	3,4	3,6	3,2	3,1	2,9	3,4	-3,0	-0,7
LU	3,4	3,3	3,1	3,0	3,0	2,9	2,9	2,9	3,1	-2,3	-0,4
NL	3,5	3,7	3,7	3,8	3,9	3,9	3,8	3,6	3,7	0,6	0,1
AT	2,0	2,3	2,4	2,3	2,3	2,4	2,6	2,6	2,4	3,0	0,6
PT	3,7	3,7	3,5	3,6	3,6	3,1	3,1	3,2	3,4	-2,7	-0,5
FI	2,9	3,1	3,3	3,3	3,5	3,2	3,0	3,1	3,2	0,3	0,2
SE	2,8	3,2	3,0	3,0	2,9	2,8	2,9	3,0	2,9	-0,5	0,1
UK	2,9	3,0	3,0	3,1	3,2	3,1	2,8	2,8	3,0	-0,6	-0,2
EU15	2,8	2,8	2,8	2,8	2,9	2,7	2,7	2,6	2,8	-0,6	-0,1
Euro12	3,4	3,4	3,5	3,5	3,7	3,6	3,5	3,4	3,5	0,4	0,1
EU15 (arithmetic average)	3,0	3,1	3,1	3,1	3,1	2,9	2,9	2,9	3,0	-1,1	-0,2
Euro12 (arithmetic average)	2,9	3,0	2,9	2,9	3,0	2,8	2,7	2,7	2,9	-1,4	-0,2
Ratio st.dev. and mean in %	24,4	24,6	24,6	27,3	26,9	25,2	25,4	26,3			1,9
Difference max. and min.	2,4	2,4	2,5	3,0	2,9	2,6	2,7	2,9			0,5

1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP

See explanatory notes in Annex C

Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

## Deutschland: Direkte Steuern niedrig

Table A.2\_G: Direct Taxes as % of GDP: Total

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	17,1	17,0	17,4	18,1	17,5	17,8	18,1	18,1	17,6	0,9	1,0
CZ	10,0	9,2	8,6	8,8	8,7	8,4	8,9	9,3	9,0	-1,0	-0,7
DK	30,6	30,8	30,5	30,1	31,0	29,9	30,2	29,6	30,3	-0,4	-1,0
DE	11,2	11,6	11,3	11,6	12,0	12,7	11,2	10,9	11,6	0,0	-0,3
EE	-	-	-	-	-	-	-	8,6	8,6		
EL	7,8	7,4	8,2	9,8	10,2	11,2	9,9	9,8	9,3	4,8	2,0
ES	10,5	10,6	10,8	10,5	10,6	10,9	10,8	11,3	10,8	0,8	0,8
FR	9,0	9,4	10,1	12,2	12,7	12,8	13,0	12,2	11,4	5,3	3,1
IE	13,7	14,2	14,2	13,9	13,9	13,7	13,1	11,7	13,6	-2,0	-2,1
IT	15,4	15,7	16,9	14,9	15,3	14,8	15,2	14,4	15,3	-1,2	-1,0
CY	-	-	-	10,3	11,3	11,5	11,8	11,6	11,3		
LV	8,6	8,4	9,6	10,2	9,7	9,0	9,0	9,4	9,2	0,8	0,7
LT	8,8	8,3	6,5	9,1	9,2	8,5	7,9	7,5	8,2	-0,6	-1,2
LU	17,6	18,0	17,5	16,5	15,9	15,6	15,7	16,5	16,7	-1,9	-1,1
HU	-	-	-	-	-	-	10,5	10,4	10,5		
MT	8,7	7,8	8,6	8,2	8,9	9,7	10,2	11,3	9,2	4,3	2,6
NL	12,7	13,2	12,7	12,5	12,5	12,4	12,2	12,4	12,6	-0,7	-0,3
AT	12,0	13,2	13,5	13,7	13,4	13,3	15,1	14,0	13,5	2,0	2,0
PL	11,4	11,6	11,5	10,9	7,6	7,6	8,1	7,3	9,5	-7,7	-4,1
PT	8,9	9,6	9,7	9,4	9,9	10,5	9,9	9,8	9,7	1,3	0,9
SI	7,2	7,5	7,7	7,8	7,7	8,0	8,0	8,0	7,7	1,4	0,8
SK	11,6	10,5	10,1	10,1	9,1	7,6	7,4	7,5	9,2	-6,9	-4,1
FI	17,6	19,2	18,7	19,2	19,1	21,7	19,8	19,7	19,4	1,6	2,1
SE	20,2	21,1	21,6	21,5	22,3	22,6	20,4	18,6	21,0	-0,7	-1,6
UK	15,1	15,0	15,3	16,5	16,4	16,9	17,0	15,8	16,0	1,5	0,8
NO	16,2	17,0	16,9	15,9	16,9	20,2	20,3	20,5	18,0	3,8	4,3
EU25	12,7	13,1	13,5	13,8	14,0	14,3	13,9	13,3	13,6	1,0	0,6
EU15	12,8	13,2	13,6	13,9	14,2	14,5	14,2	13,6	13,8	1,2	0,8
Euro12	11,7	12,2	12,5	12,7	13,0	13,3	12,9	12,5	12,6	1,1	0,7
NMS10	10,6	10,4	10,2	10,1	8,2	8,0	8,6	8,4	9,3	-4,2	-2,2
EU25 (arithmetic average)	13,0	13,2	13,2	13,3	13,3	13,4	13,1	12,6	13,1	-0,2	-0,4
EU15 (arithmetic average)	14,6	15,1	15,2	15,4	15,5	15,8	15,5	15,0	15,3	0,5	0,4
Euro12 (arithmetic average)	12,8	13,3	13,4	13,5	13,6	14,0	13,7	13,4	13,5	0,7	0,6
NMS10 (arithmetic average)	9,5	9,0	8,9	9,4	9,0	8,8	9,1	9,1	9,1	-0,4	-0,4
Ratio st.dev. and mean in % <sup>3)</sup>	41,9	42,5	41,2	37,4	38,3	37,9	37,2	36,9			-5,0
Difference max. and min. <sup>3)</sup>	23,4	23,4	24,0	22,3	23,3	22,3	22,8	22,3			-1,1

1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP - 3) for EU15

See explanatory notes in Annex C

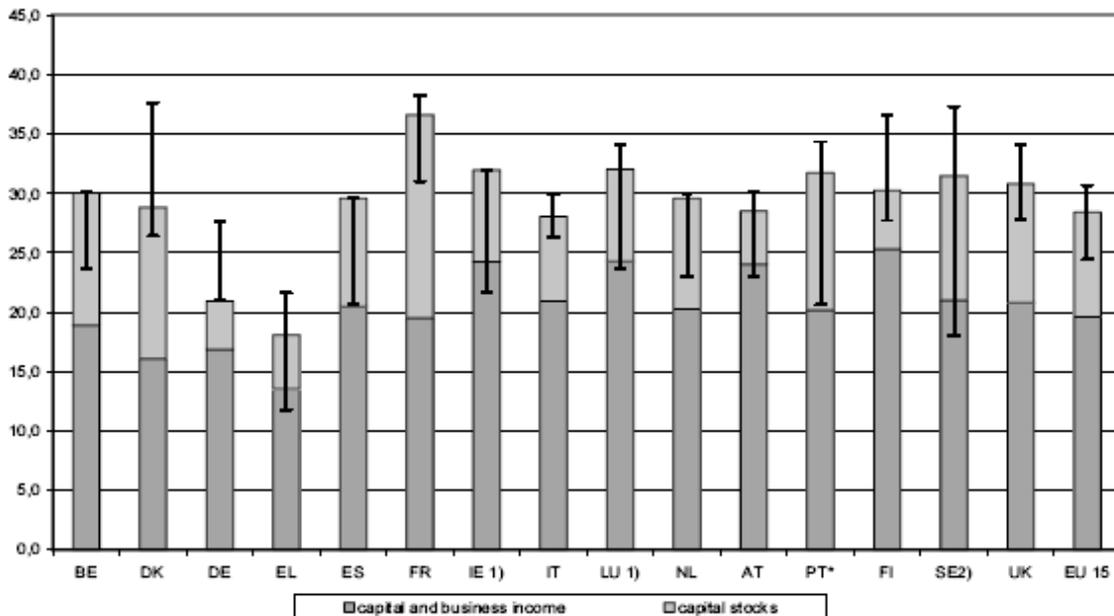
Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

## Deutschland: Steuern auf Kapital im EU-Vergleich niedrig

Graph II-5.1 Implicit tax rate on capital

2002 in % and minimum and maximum level between 1995 and 2002



\*1995 - 2001. - 1) Denominator including D4net. - 2) Denominator including D43net  
Source: Commission Services

Table C.3\_G: Taxes on Capital as % of GDP: Total

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	9,0	9,2	9,5	10,1	9,8	9,8	9,7	9,8	9,6	1,0	0,8
DK	5,7	5,8	6,1	6,6	7,3	6,3	6,5	6,2	6,3	1,5	0,5
DE	5,8	6,6	6,5	6,8	7,2	7,4	6,0	5,6	6,5	-0,3	-0,2
EL	7,5	7,3	8,4	9,8	10,5	11,6	9,9	9,6	9,3	5,1	2,1
ES	7,8	7,8	8,4	8,4	9,0	9,2	8,9	9,3	8,6	2,7	1,6
FR	8,3	8,8	9,1	9,4	9,8	10,1	10,1	9,3	9,4	2,2	1,0
IE	6,6	7,1	7,2	7,5	8,1	8,1	7,8	7,4	7,5	2,0	0,8
IT	12,1	12,4	13,2	11,5	11,7	11,6	11,7	11,2	11,9	-1,5	-0,9
LU	13,2	13,7	13,7	13,8	13,5	13,6	13,6	14,1	13,6	0,5	0,9
NL	7,7	8,6	9,1	8,9	9,3	8,8	9,3	8,5	8,8	1,3	0,9
AT	6,8	7,1	7,4	7,6	7,1	7,2	9,0	8,5	7,6	3,1	1,6
PT	7,0	7,5	8,0	8,1	9,0	9,1	8,4	8,7	8,2	3,1	1,7
FI	6,0	6,6	7,3	8,0	8,3	10,2	8,3	8,0	7,8	5,0	2,0
SE	5,0	6,1	6,7	6,5	7,4	8,6	6,6	6,0	6,6	3,0	0,9
UK	7,9	8,2	8,9	9,4	9,2	9,4	9,3	8,5	8,8	1,4	0,5
EU15	7,7	8,3	8,7	8,7	9,0	9,2	8,8	8,3	8,6	1,2	0,6
Euro12	9,4	10,2	11,0	11,1	11,5	12,0	11,4	10,8	11,0	2,1	1,4
EU15 (arithmetic average)	7,8	8,2	8,6	8,8	9,1	9,4	9,0	8,7	8,7	1,9	0,9
Euro12 (arithmetic average)	8,1	8,6	9,0	9,2	9,4	9,7	9,4	9,2	9,1	1,9	1,0
Ratio st.dev. and mean in %	29,2	26,7	25,4	22,5	19,9	20,4	22,3	25,6			-3,7
Difference max. and min.	8,1	7,8	7,6	7,3	6,4	7,3	7,6	8,5			0,3

1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP

See explanatory notes in Annex C

Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

## Deutschland: Sozialabgaben hoch

Table A.3\_G: Social contributions as % of GDP: Total

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	14,7	14,6	14,4	14,5	14,3	14,1	14,4	14,6	14,5	-0,2	-0,1
CZ	16,1	16,2	16,2	15,5	15,8	14,5	14,4	15,0	15,5	-1,6	-1,0
DK	1,5	1,6	1,6	1,6	2,1	2,3	2,2	1,7	1,8	4,5	0,1
DE	17,3	17,8	18,1	17,7	17,5	17,2	17,1	17,0	17,5	-0,6	-0,3
EE	-	-	-	-	-	-	-	12,5	12,5	-	-
EL	10,5	10,8	11,1	11,5	11,4	11,8	11,7	11,8	11,3	1,7	1,3
ES	12,0	12,2	12,2	12,1	12,2	12,4	12,7	12,7	12,3	0,7	0,7
FR	18,7	18,9	18,4	16,3	16,5	16,3	16,3	16,5	17,2	-2,3	-2,3
IE	5,0	4,6	4,4	4,2	4,3	4,4	4,5	4,4	4,5	-1,0	-0,6
IT	13,0	14,6	14,9	12,5	12,4	12,4	12,3	12,3	13,1	-2,2	-0,7
CY	-	-	-	7,2	7,0	6,8	7,2	7,0	7,0	-	-
LV	13,4	12,1	11,8	11,9	11,6	11,0	10,1	10,1	11,5	-3,7	-3,3
LT	7,5	8,0	8,6	9,1	9,3	9,4	9,0	8,7	8,7	2,2	1,1
LU	11,2	10,9	10,4	10,2	10,3	10,4	11,1	11,5	10,8	0,3	0,3
HU	-	-	-	-	-	-	13,2	13,1	13,2	-	-
MT	6,3	6,4	6,8	6,1	6,1	6,5	6,8	6,7	6,5	0,7	0,4
NL	16,0	15,5	15,5	15,3	16,0	16,0	14,3	13,9	15,3	-1,5	-2,1
AT	15,1	15,1	15,2	15,0	15,1	14,8	14,8	14,7	15,0	-0,4	-0,4
PL	10,1	12,0	12,1	12,0	14,8	14,0	17,1	16,0	13,5	6,7	5,9
PT	10,1	10,2	10,5	10,5	10,6	10,9	11,0	11,2	10,6	1,5	1,2
SI	17,7	16,0	15,1	15,0	14,8	15,0	15,2	15,1	15,5	-1,7	-2,7
SK	14,3	14,3	13,6	14,8	13,8	13,7	13,7	13,5	14,0	-0,8	-0,8
FI	14,2	13,7	12,9	12,6	12,9	12,1	12,4	12,2	12,9	-2,0	-2,0
SE	13,1	14,1	13,9	13,9	12,6	14,4	14,8	14,6	13,9	1,2	1,6
UK	6,2	6,1	6,2	6,2	6,2	6,3	6,3	6,1	6,2	0,2	-0,1
NO	9,9	9,6	9,6	10,3	10,2	9,0	9,3	9,9	9,7	-0,5	0,0
EU25	14,1	14,4	14,2	13,3	13,3	13,1	13,1	13,0	13,6	-1,6	-1,2
EU15	14,2	14,5	14,2	13,3	13,2	13,1	13,0	12,9	13,5	-1,7	-1,3
Euro12	15,9	16,2	16,2	15,1	15,1	14,9	14,8	14,7	15,4	-1,5	-1,1
NMS10	12,3	13,2	13,1	12,8	14,3	13,6	15,1	14,5	13,6	2,4	2,2
EU25 (arithmetic average)	12,0	12,1	12,0	11,6	11,6	11,6	11,8	11,7	11,8	-0,5	-0,3
EU15 (arithmetic average)	11,9	12,0	12,0	11,6	11,6	11,7	11,7	11,7	11,8	-0,4	-0,2
Euro12 (arithmetic average)	13,2	13,2	13,2	12,7	12,8	12,7	12,7	12,7	12,9	-0,6	-0,4
NMS10 (arithmetic average)	12,2	12,1	12,0	11,5	11,7	11,4	11,8	11,8	11,8	-0,6	-0,4
Ratio st.dev. and mean in % <sup>3)</sup>	31,7	30,7	30,5	31,3	31,2	30,5	30,7	30,6			-1,1
Difference max. and min. <sup>3)</sup>	17,2	17,3	16,8	16,2	15,3	14,9	14,9	15,3			-1,9

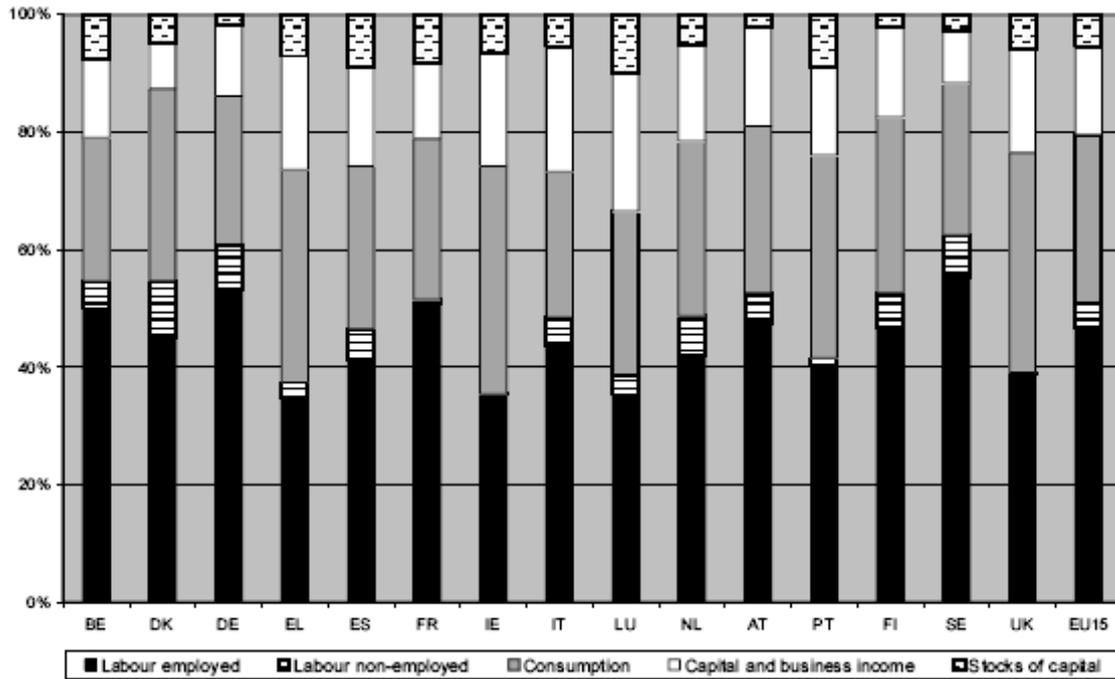
1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP - 3) for EU15

See explanatory notes in Annex C

Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

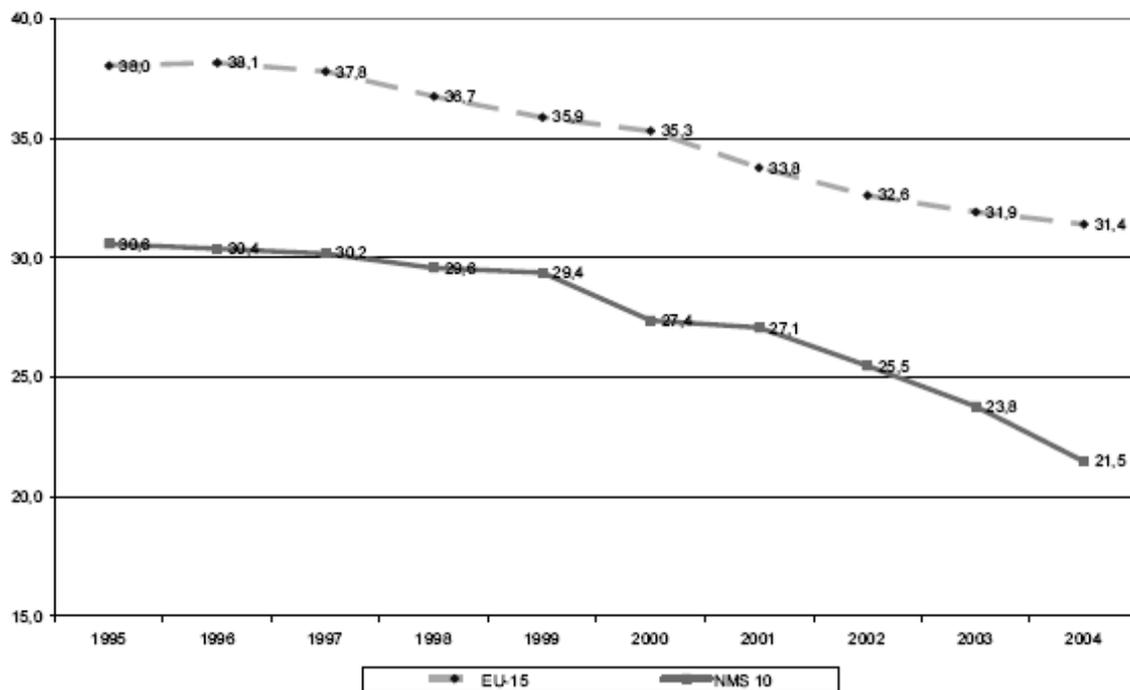
## Deutschland: Besteuert Arbeit hoch und Kapital niedrig



EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

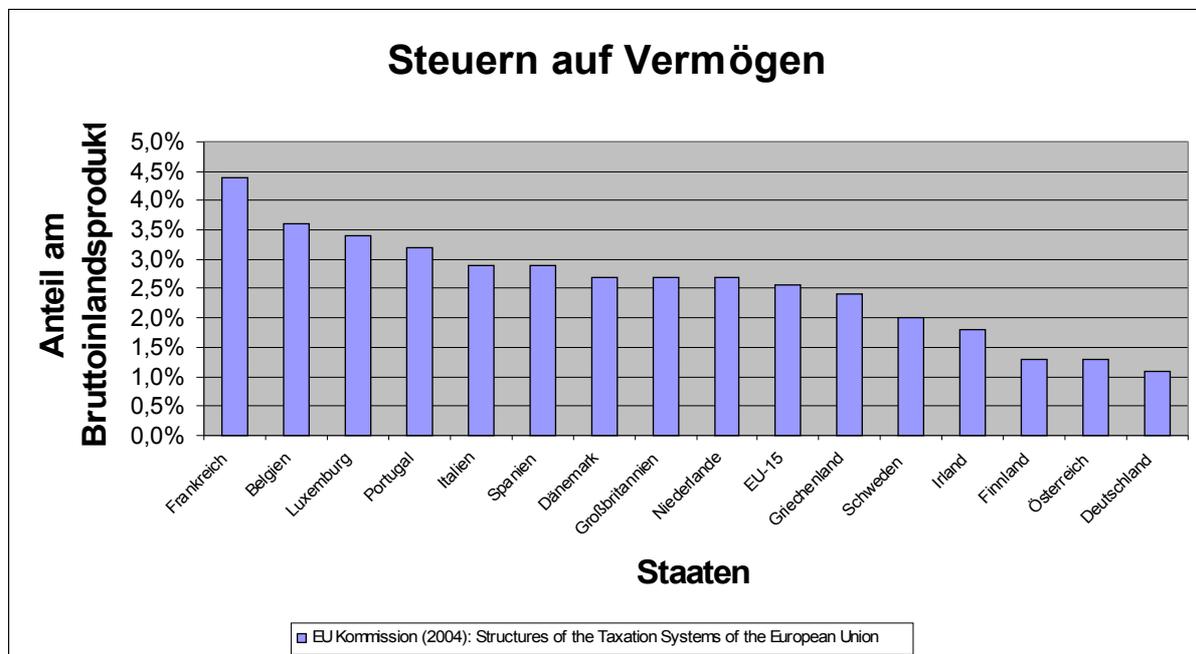
## Steuersätze auf Gewinne von Kapitalgesellschaften in freiem Fall

Graph I-2.2.1.4 Development of effective top statutory tax rate on corporate income  
1995 to 2004 in %



EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.

## Steuern auf Vermögen in Deutschland im EU-Vergleich niedrig



**Table C.3.2\_G: Taxes on Capital as % of GDP: Stocks (wealth) of capital**

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Average 1995-2002	Change <sup>1)</sup> 1995-2002	Difference <sup>2)</sup> 1995 to 2002
BE	3,1	3,3	3,5	3,6	3,6	3,5	3,5	3,6	3,4	1,9	0,6
DK	1,9	1,8	1,8	2,0	2,0	2,5	2,6	2,7	2,2	6,4	0,8
DE	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	-1,2	-0,1
EL	1,8	2,0	2,7	2,7	3,3	3,3	2,7	2,4	2,6	5,3	0,6
ES	2,6	2,6	2,6	2,8	2,8	2,9	2,9	2,9	2,8	1,8	0,2
FR	4,3	4,3	4,5	4,6	4,5	4,5	4,3	4,4	4,4	0,1	0,1
IE	2,0	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,0	1,8	2,0	-1,2	-0,2
IT	4,1	3,8	4,0	3,5	3,2	2,8	2,6	2,9	3,4	-6,8	-1,3
LU	3,0	3,3	3,4	3,5	4,1	4,3	4,0	3,4	3,6	3,2	0,4
NL	2,3	2,4	2,5	2,6	2,8	2,8	2,7	2,7	2,6	2,5	0,4
AT	1,6	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	-0,9	-0,3
PT	2,6	2,6	2,7	2,9	3,3	3,2	3,1	3,2	3,0	3,3	0,6
FI	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3	1,1	0,1
SE	1,6	2,1	2,3	2,2	2,2	2,2	1,9	2,0	2,1	1,2	0,4
UK	2,6	2,4	2,4	2,5	2,7	2,9	2,7	2,7	2,6	1,9	0,2
EU15	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	-0,1	0,0
Euro12	3,2	3,2	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,4	3,3	0,8	0,2
EU15 (arithmetic average)	2,4	2,4	2,5	2,6	2,7	2,7	2,6	2,6	2,6	1,2	0,2
Euro12 (arithmetic average)	2,5	2,5	2,6	2,7	2,8	2,8	2,6	2,6	2,6	0,8	0,1
Ratio st.dev. and mean in %	36,6	35,8	37,2	36,3	39,0	37,9	36,7	35,8			-0,8
Difference max. and min.	3,1	3,1	3,4	3,4	3,5	3,3	3,2	3,3			0,2

1) Estimated annual average growth rate in %. - 2) in %-points of GDP

See explanatory notes in Annex C

Source: Commission Services

EU Kommission (2004): Structures of the taxation systems in the European Union.